

Claudia Kemper

International, national, regional

Die Organisation »Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges« und der Wandel im anti-atomaren Protest in der ersten Hälfte der 1980er Jahre

Westdeutschland im Herbst 1983: Die Demonstrationswelle gegen die NATO-Nachrüstung erreichte kurz vor der Bundestagsabstimmung im November ihren Höhepunkt.¹ In den Monaten zuvor organisierten sich landesweit unterschiedliche Gruppen und Initiativen, um im Oktober ihren Protest auf die Straße zu bringen. Auch der im Sommer gegründete Verein »Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges« mobilisierte und koordinierte seine Regionalgruppen, um gemeinsam zu demonstrieren. Der Verein ging auf einen Zusammenschluss regionaler Ärzte-Basisinitiativen zurück, der sich schon 1982 als westdeutsche Sektion der internationalen Organisation »International Physicians for the Prevention of Nuclear War« (IPPNW) konstituiert hatte. Die IPPNW wiederum hatte sich 1980 als Dachorganisation in Boston gegründet, es folgten nationale Sektionsgründungen, die je nach Situation aus Basisinitiativen oder dem Engagement einzelner Ärzte hervorgingen. In der Bundesrepublik fand die Sektion der IPPNW aus beiden Richtungen zusammen – insgesamt trafen in ihr internationale, nationale und regionale Interessen und Ziele ärztlichen Engagements gegen Atomwaffen zusammen.

Das Ziel des öffentlichen Protests im Oktober 1983, die Verhinderung der NATO-Nachrüstung, verband alle Beteiligten, aber im Verein »Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges« äußerten verschiedene Mitglieder während der Vorbereitung die Sorge, mit den eigenen Aktionen innerhalb der verschiedenen Friedensdemonstrationen nicht wahrgenommen zu werden.² Vor dem Hintergrund, als Teil der Friedensbewegung agieren und gleichzeitig das Profil als Ärzteorganisation stärken zu wollen, diskutierten der Vorstand und einzelne Ärzte-Initiativen seit dem Frühsommer 1983, welchen Charakter der Protest haben sollte. Während etwa aus der Westberliner Ärzte-Initiative die dringende Mahnung kam, eine »kurze Demonstration« könne kaum Interesse für eine Reise nach Bonn wecken, plädierten eher konservative Aktive, man solle anstatt »spektakulärer Demonstrationen« eine wirklich »gute Veranstaltung« mit »guten Referenten« organisieren.³ Während des internationalen Kongresses der IPPNW, der im Juni 1983 in Amsterdam stattfand, machte sich die westdeutsche Sektion dafür stark, den 1. Oktober als Aktionstag des gesamten europäischen Gesundheitswesens auszurufen. Die Fäden für die westdeutschen Aktionen liefen in Heidesheim bei Till Bastian⁴ zusammen, der schließlich im August einen Ablaufplan an seine Kollegen sandte. Während die Mobilisierung in anderen Ländern überschaubar

1 Tim Warneke, Aktionsformen und Politikverständnis der Friedensbewegung. Radikaler Humanismus und die Pathosformel des Menschlichen, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa, 1968–1983, Göttingen 2010, S. 445–472. Vgl. auch den Beitrag von Philipp Gassert in diesem Band.

2 Brief Horst-Eberhard Richter an Till Bastian, 13.6.1983, Forschungsstelle für Zeitgeschichte (FZH) Archiv, 16.3.A/2.1.1.

3 Brief Barbara Hövener an Vorstand und Beirat der IPPNW, [Juli 1983]; Brief Ulrich Gottstein an Till Bastian, 6.7.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.1.

4 Till Bastian (Jahrgang 1949) arbeitete als niedergelassener Arzt und übernahm von 1983 bis 1987 die Geschäftsführerposition in der westdeutschen IPPNW-Sektion.

blieb, rechnete die bundesdeutsche Sektion mit großem Andrang. Ärzte aus der ganzen Bundesrepublik sollten sich am 1. Oktober, nach Orten und Initiativen geordnet, um 10 Uhr vor der Stadthalle in Bad Godesberg treffen und dann zum Gesundheitsministerium und dem daneben liegenden Amt für Zivilschutz ziehen. Dort sollten, so Bastian, alle Ärzte »als Symbol der Verweigerung gegenüber den zunehmenden Aufrüstungsbestrebungen im Gesundheitswesen und zum Zeichen unserer Hilflosigkeit nach einem Atomkrieg« ihre weißen Kittel ausziehen »und auf den Boden legen«.⁵

Dieser erste national organisierte Straßenprotest der westdeutschen Sektion der IPPNW im Herbst 1983 war zwar von Ärzten gut besucht, aber in seiner Wirkung durchaus ernüchternd. Ausgehend von den einsetzenden Lernprozessen soll in diesem Aufsatz der Frage nachgegangen werden, unter welchen Bedingungen sich die »Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges« in ihren internationalen, nationalen und regionalen Bezügen entwickeln konnten. Mit welchen Motiven und Zielen vertraten die Aktiven der verschiedenen Ebenen ihre Interessen, wie wollten sie diese umsetzen und wie trieben sie auf diese Weise die Gesamtentwicklung voran? Die organisatorische und vor allem inhaltliche Abstimmung im Demo-Herbst 1983 bildete nur eine von vielen Situationen, in denen die Ärzte Zweck und Form ihres Engagements aushandeln mussten. Hierbei liegt das Augenmerk auf den Schnittstellen zwischen den verschiedenen Ebenen, an denen organisatorische und inhaltliche Fragen und Konflikte die Selbstfindung der Organisation vorantrieben. Diese Perspektive gibt nicht nur Aufschluss über die spezifische Entwicklung der IPPNW, sondern auch über die Handlungsmöglichkeiten und Konfliktpunkte internationaler Organisationen während der 1980er Jahre, die wiederum als Indikator für einen Wandel des Politischen gelten können.

In einem ersten Schritt werden die Rahmenbedingungen für internationale Nichtregierungsorganisationen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre ausgelotet (I.). Vor diesem Hintergrund erhält der Gründungszusammenhang der IPPNW eine beispielhafte Bedeutung und wird die Gelegenheitsstruktur deutlich, in der sich das internationale Anliegen der Ärzte popularisieren ließ. Von Beginn an war im Konzept der blockübergreifenden Friedensorganisation auch ihre Konflikträchtigkeit eingebaut, denn der internationale Austausch bedeutete keineswegs einen über-nationalen Status der Interessen (II.). Vielmehr konzentrierten sich die verzwickten Verhältnisse von globalem Anliegen und nationalen Bezügen in der IPPNW und beförderten den Aufbau institutionalisierter Entscheidungswege. Der Blick auf die medialen Vermittlungsstrategien sowie Konflikte und Praktiken der westdeutschen Sektion und ihre Verbindungen mit dem »Central Office« in Boston offenbart die Dynamiken von Professionalisierung und Institutionalisierung (III.). Von Beginn an musste sich die zugleich international und national agierende Ärzteorganisation mit dem Wandel ihres Selbstverständnisses auseinandersetzen. In diesem Prozess bildete das Jahr 1985 mit dem Erhalt des Friedensnobelpreises eine Wegscheide (IV.) für die weitere Entwicklung der IPPNW.

I. EXPERTEN UND PROTEST

Neben der symbolträchtigen und verbindenden Geste, vor dem Gesundheitsministerium den weißen Arztkittel abzulegen, war es für die Organisatoren des Ärzte-Protests im Herbst 1983 nicht einfach, allen Interessen ihrer Basis bei der Kundgebung gerecht zu werden. In einzelnen Regionalgruppen waren Ärzte abgewiesen worden, die sich explizit gegen die sowjetische SS-20-Aufrüstung äußern wollten.⁶ Andere Regionalgruppen wurden von Ärzten getragen, die zugleich in allgemeinen Friedensinitiativen aktiv waren und

5 Rundbrief Till Bastian, [August 1983], FZH Archiv, 16.3.A/2.1.1.

6 Brief Ulrich Gottstein an Wolfgang Braus, 12.9.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.1.

deren Aktionsformen auch auf den Ärzte-Protest im Oktober ausweiten wollten. Beispielsweise hatte das Bonner Friedensplenum zum Antikriegstag am 1. September mit einer »5-vor-12«-Aktion gestartet, bei der »möglichst viele Leute mittags um 5 vor 12 Alarm schlagen«. ⁷ Aber die Protestform stand in keinem Zusammenhang mit der ethischen Botschaft der »weißbekittelten« Ärzte, sodass der Vorschlag von diesen nicht aufgegriffen wurde. Gleichzeitig gab es regionale Ärzte-Initiativen wie in Tübingen, deren Engagement Vorbildcharakter entfaltete. Generell entwickelten die südwestdeutschen Ärzte-Initiativen durch die Nähe zum Raketendepot in Mutlangen rege Aktivitäten im Straßenprotest. Kurz vor der Aktion in Bad Godesberg berichtete Horst-Eberhard Richter ⁸ von dort: »Die Versammlung der Weißbekittelten vor einem großen Transparent direkt auf der Straße vor dem Depot bot nicht nur ein eindrucksvolles Bild, sondern fand auch viel Interesse und Bestätigung seitens der Mitblockierer und des Publikums.« ⁹ Die Aktion habe gezeigt, wie wichtig es in Zukunft werde, »daß wir als Ärzte bzw. Vertreter von Gesundheitsberufen nicht nur eigene Veranstaltungen aufziehen, sondern unsere Solidarität mit anderen in der Friedensbewegung aktiven gesellschaftlichen Gruppen durch gemeinsames Auftreten bekunden«. Die Frage der Eigenständigkeit und öffentlichen Wahrnehmung als Friedens-Ärzte-Organisation sollte die Aktiven dauerhaft und auf verschiedenen Ebenen beschäftigen.

Zur Demonstration in Bad Godesberg am 1. Oktober 1983 kamen schließlich einige Tausend Ärzte, die zum Gesundheitsministerium zogen und eine gemeinsame Resolution überreichten. Dennoch wurde der Erfolg dieser ersten größeren Aktion der westdeutschen IPPNW von den Aktiven zwiespältig beurteilt. Nachdem schon wenige Tage danach die Reaktionen beim Organisationsleiter Till Bastian eintrafen, schlussfolgerte dieser in einem Brief an den Vorstand und Beirat, die »Demonstration selbst wurde von uns schon als Erfolg angesehen, weil die IPPNW erstmals auf der Straße »Farbe bekannt« hat«, allerdings sei »die Demonstrationsroute [...] beschissen« gewesen. Unter anderem habe man nicht die für eine medienwirksame Demonstration nur unzulängliche »Lage der Bonner Ministerien« bedacht; ein zunächst geplanter Zug durch die Innenstadt war wegen des verkaufsoffenen Samstags von der Polizei verboten worden und der ursprüngliche Kundgebungsort wurde wegen einer Kirmes kurzfristig verlegt. ¹⁰ Auf diese Weise kam es zu einem »Samstagvormittagsspaziergang durch ausgestorbene Bad Godesberger Villenviertel«, mit einer »Abschlusskundgebung auf dem Parkplatz neben fahrenden Zügen« und einer misslungenen »Kittel-ableg-Aktion«. ¹¹ Der Zug zum Gesundheitsministerium hatte vor Ort nur wenig Interesse geweckt und auch kein größeres Medienecho hervorgerufen. Es setzte sich schnell die Erkenntnis durch, dass größere Vorhaben, bei denen die »Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges« als eigenständiger Teil der Friedensbewegung und als geschlossene Sektion der IPPNW öffentlichkeitswirksam wahrgenommen werden sollten, einen effektiven Organisationsapparat brauchten. ¹²

7 Brief Bonner Friedensplenum an Till Bastian, 3.9.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.1.

8 Horst-Eberhard Richter (1923–2011) war als Psychotherapeut schon seit den 1970er Jahren in Initiativgruppen und Projekten aktiv. Sein gruppentherapeutisches Konzept fand in dieser Zeit weite Verbreitung. 1980 wandte er sich der Friedensbewegung zu und agierte im Vorstand und Beirat der westdeutschen IPPNW als intellektuelle Leitfigur.

9 Brief Horst-Eberhard Richter an Sprecherräte und Beiräte der Sektion, 12.9.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.1.

10 Vgl. Barbara Hudec, »Wir Helfer wollen nicht Beihilfe leisten«, in: taz, 3.10.1983, S. 3, FZH Archiv, 16.3.A./4.2.1.

11 Vgl. Briefe der Beschäftigten des Krankenhauses Wilmersdorf an die Geschäftsstelle der Sektion Bundesrepublik Deutschland der IPPNW, Gießen, 7.10.1983, und Till Bastian an Vorstand und Beirat der IPPNW, 10.10.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.1.

12 Brief Helmut Koch an Vorstand und Beirat, 6.10.1983; Brief Till Bastian an Vorstand und Beirat, 10.10.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.2.

Als kurz danach am 22. November im Bundestag die Nachrüstung endgültig beschlossen wurde, herrschte Frust: »Dabei war auch unter uns viel TRAUER, VERZWEIFLUNG und WUT zu spüren. Wie soll es weitergehen, wenn jetzt stationiert wird? Recht einmütig haben wir die Auffassung vertreten, daß wir unsere Kritik an der Rüstungspolitik noch grundsätzlicher vortragen müssen, daß wir uns deutlicher und gerade im Alltag VERWEIGERN müssen«¹³, forderte Bastian alle Mitglieder auf. Nach der Enttäuschung setzte ein Lernprozess ein: Aufbau und Organisation der westdeutschen IPPNW sollten professionalisiert werden, und die Einrichtung einer festen Geschäftsstelle Ende 1983 in Heidesheim war ein erster Schritt in diese Richtung.

Der Verein »Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges« war eine von vielen Organisationen, die sich innerhalb der breiten Friedensbewegung zu Beginn der 1980er Jahre zusammengefunden hatten¹⁴, unterschied sich aber von den meisten anderen durch seine nicht nur ideelle, sondern auch organisatorisch angelegte Internationalität. In der Friedens-Ärzte-Organisation kamen regionale Interessen und nationale Befindlichkeiten genauso zum Tragen wie der Anspruch, die internationale Politik zu beeinflussen. Da sich die Organisation nicht nur in unterschiedlichen Regionen entwickelte, sondern auch aus verschiedenen Motiven heraus formierte, war eine Verständigung über ihre Ziele keineswegs selbstverständlich. Es gab unterschiedliche Vorstellungen darüber, welchen Zweck und welche Ausgestaltung der blockübergreifende Kerngedanke der Organisation hatte und verfolgen sollte, womit die institutionalisierte Abstimmung zwischen internationaler, nationaler und regionaler Ebene der IPPNW eine notwendige Voraussetzung für ihre Existenz und Professionalisierung war.¹⁵ Zum einen beruhte die IPPNW auf einem Experten-Netzwerk, in dem sich die medizinische Elite über nationale Grenzen hinweg verband, und zum anderen ging sie aus basisorientierten Ärzte-Initiativen hervor, die sich der Friedensbewegung und nationalen politischen Problemlagen verbunden fühlten.¹⁶ Die Anliegen der ärztlichen Basisinitiativen mit dem internationalen »Central Office« zu verbinden und auszugleichen, geriet zu einer wesentlichen Herausforderung der westdeutschen Sektion der IPPNW.

Transnationalen Austausch und gemeinsame Stellungnahmen nationaler Kampagnen gab es während jeder Phase der Friedensbewegung im Kalten Krieg.¹⁷ Zahlreiche Aktive waren schon in den 1950er und 1960er Jahren über nationale Grenzen hinweg vernetzt und tauschten sich über Strategien und Argumente aus. Solche Vernetzungen beruhten

13 Rundbrief Till Bastian an die Mitglieder, 3.11.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.1 (Hervorhebung im Original).

14 Zur Konstellation innerhalb der westdeutschen Friedensbewegung vgl. *Warneke*, Aktionsformen und Politikverständnis, S. 448; *Klaus Naumann*, Nachrüstung und Selbstanerkennung. Staatsfragen im politisch-intellektuellen Milieu der »Blätter für deutsche und internationale Politik«, in: *Dominik Geppert/Jens Hacke* (Hrsg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2008, S. 269–289, hier: S. 274. Vgl. auch *Thomas Leif*, Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung. Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren, Opladen 1990; *Annette Schaub/Rüdiger Schlaga*, Verbände, Gruppen und Initiativen in der westdeutschen Friedensbewegung, in: *Reiner Steinweg* (Hrsg.), Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung, Frankfurt am Main 1982, S. 377–400.

15 Zum Zusammenhang von Bürokratie und internationaler Organisation vgl. *Michael N. Barnett/Martha Finnemore*, Rules for the World. International Organizations in Global Politics, Ithaca, NY 2004.

16 Die IPPNW lässt sich deshalb auch als »epistemic community« in nationaler und transnationaler Ausprägung verstehen. *Madeleine Herren*, Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung, Darmstadt 2009, S. 10.

17 *Patrick Burke*, A Transcontinental Movement of Citizens? Strategic Debates in the 1980s Western Peace Movement, in: *Gerd-Rainer Horn/Padraig Kenney* (Hrsg.), Transnational Moments of Change. Europe 1945, 1968, 1989, Landham, MD 2003, S. 189–206, hier: S. 191.

vorrangig auf dem Engagement Einzelner und gerieten meist im Moment der notwendigen Institutionalisierung ins Stocken.¹⁸ Für eine grenzüberschreitende Entfaltung der Friedensbewegung spielten bestehende Institutionen oder internationale Zusammenschlüsse eine wichtige Rolle¹⁹, wobei zu den erfolgreichsten und öffentlichkeitswirksamsten Mitteln internationale Kongresse, Resolutionen oder Proteste im Rahmen von Gedenktagen gehörten.²⁰ Obwohl mit solchen Aktionen international orientierte Ideen und gemeinsame Ziele diskutiert wurden, wirkten sie vor allem im nationalen Kontext.²¹ Einrichtungen, die sich um internationale Anknüpfungspunkte bemühten, waren etwa das »National Committee for a Sane Nuclear Policy« (SANE, gegründet 1957 in den USA), der »Interkerkelijk Vredesberaad« (IKV, gegründet 1966 in den Niederlanden) oder die »Campaign for Nuclear Disarmament« (CND, gegründet 1958 in Großbritannien). Eng mit der CND und der »Bertrand Russell Peace Foundation« verbunden war die 1980 ins Leben gerufene »European Nuclear Disarmament Campaign« (END). Parallel zu den grenzüberschreitenden Friedenskampagnen setzten sich auch Ärzte gegen die Atomrüstung ein, deren Engagement in der Bundesrepublik auf das eigene Land beschränkt blieb.²²

Von allen wissenschaftlich intendierten Zusammenschlüssen dürfte die seit Mitte der 1950er Jahre stattfindende Pugwash-Konferenz als die bekannteste internationale Expertenvereinigung gelten, durch die Expertise über die atomaren Gefahren in die politische Kommunikation geleitet wurde.²³ Pugwash war jedoch eher eine gemeinsame Plattform

18 »These exchanges, however, did not add up to a coherent European civil society. Their ability to transform short-lived encounters into a more durable network of transnational exchanges was not only hampered by the persistence of national identities and orientations among the activists. Another limiting factor was the diversity of the social contexts and strategies in which the movements were situated, and not least also linguistic problems.« *Benjamin Ziemann*, *A Quantum of Solace? European Peace Movements during the Cold War and their Elective Affinities*, in: AfS 49, 2009, S. 351–389, hier: S. 359. Vgl. auch *Stephen Milder*, *Thinking Globally, Acting (Trans-)Locally*. Petra Kelly and the Transnational Roots of West German Green Politics, in: *Central European History* 43, 2010, S. 301–326; *Saskia Richter*, *Die Aktivistin*. Das Leben der Petra Kelly, München 2010.

19 *Andreas Buro*, *Friedensbewegung*, in: *Roland Roth/Dieter Rucht* (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945*. Ein Handbuch, Frankfurt am Main 2008, S. 267–291, hier: 280.

20 *Dieter Rucht*, *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten in neuen sozialen Bewegungen*, in: *Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig* (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main/New York 2002, S. 327–351, hier: 341.

21 *Holger Nehring*, *National Internationalists. British and Westgerman Protests against Nuclear Weapons, the Politics of Transnational Communications and the Social History of the Cold War, 1957–1964*, in: *Contemporary European History* 14, 2005, S. 559–582.

22 In der Bundesrepublik gründeten sich im Kontext der Kampf-dem-Atomtod-Bewegung 1956 durch die Initiative Bodo Mansteins der »Kampfbund gegen Atomschäden e. V.«, die »Notgemeinschaft zur Verteidigung der Volksgesundheit« in München und die »Ärztegesellschaft zur Ächtung des Atomkrieges«. Vgl. *Gunar Stempel*, *Neues Denken in den 50er Jahren – Ärztinnen und Ärzte gegen Remilitarisierung und Atombewaffnung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Thomas M. Ruprecht* (Hrsg.), *Äskulap oder Mars? Ärzte gegen den Krieg*, Bremen 1991, S. 451–467. In Großbritannien hatte sich schon 1951 die »Medical Association for Prevention of War« zusammengefunden und 1962 in den USA die »Physicians for Social Responsibility« (PSR). Vgl. *Patricia Craig*, *Gesundheits- statt Rüstungswettlauf – Die britische Medical Association for Prevention of War (MAPW)*, in: *Ruprecht*, *Äskulap oder Mars*, S. 425–435.

23 Das wissenschaftliche Netzwerk und seine Konferenzen sind nach dem Ort der ersten »Pugwash Conference on Science and World Affairs« 1957 in Kanada benannt. Die hauptsächlich von Physikern getragene Konferenz-Reihe war im Rahmen der »Atoms for Peace«-Politik der USA möglich geworden, mit der die zivile Atomforschung begann, sich international zu vernetzen. Vgl. *Götz Neuneck/Michael Schaaf* (Hrsg.), *Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland*: Symposium der Deutschen Pugwash-Gruppe im Harnack-Haus Berlin, 24. Februar 2006, Berlin 2007.

als eine nicht staatliche Organisation. Ab Ende der 1970er Jahre traten schließlich vermehrt transnationale Wissenschaftlervereinigungen auf, die sich im internationalen Dialog vor allem zum Thema »Rüstungskontrolle« als Akteur etablierten. Dazu gehörten die »Federation of American Scientists« (FAS), die »Union of Concerned Scientists« (UCS), der »Natural Resources Defense Council« (NRDC) und das »Committee on International Security and Arms Control« (CISAC) der »National Academy of Sciences« (NAS).²⁴ Festzuhalten ist, dass Experten zwar seit den 1950er Jahren Teil der Friedensbewegung und des blockübergreifenden Dialogs waren, aber sich erst in der neuen Friedensbewegung Expertenorganisationen fanden, die zum einen im Bewegungsmilieu entstanden und dort auch verankert blieben und die zum anderen ihre internationale fachliche Vernetzung als strategisches Mittel zum Organisationsaufbau einsetzten. Eine gleichzeitig »von unten« wie »von oben« in West und Ost entstehende Organisation wie die IPPNW vereinigte zu Beginn der 1980er Jahre international gültige Sachargumente und Moral in beispielhafter Weise.²⁵ Die weltweite Anhängerschaft untermauerte hierbei ihr internationales Renommee als eine Dialogagentur zwischen Ost und West.

Das Gelegenheitsfenster öffnete sich für die IPPNW zu Beginn der 1980er, als es nahe- lag, mit internationalen Zusammenschlüssen einen friedlichen Gegenentwurf nicht nur zur Atombombenbedrohung zu bieten, sondern auch zu den seit 1981 schwierigen und dann abgebrochenen Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Gleichzeitig wirkte es sich positiv für nicht staatliche Initiativen aus, dass sich in der öffentlichen Kommunikation seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vor allem in Deutschland eine erhöhte Risikosensibilität durchsetzte²⁶, die etwa durch einen stetig steigenden Politikanteil im Fernsehprogramm und dessen ausgeweiteter Nutzung befördert wurde.²⁷ Die Frequenz der Unglücks- und Katastrophenberichterstattung nahm bis zu Beginn der 1980er Jahre in Fernsehen, Hörfunk und Presse deutlich zu und mit ihr die Auffassung, dass der Katastrophenvermeidung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Da Massenmedien auf Risiken fokussierten und gleichermaßen ihre notwendige Vermeidung

24 *Matthew Evangelista*, Transnational Organizations and the Cold War, in: *Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad* (Hrsg.), *Cambridge History of the Cold War III. Endings*, Cambridge 2010, S. 400–421, hier: S. 410.

25 *Matthew Evangelista*, Unarmed forces. The Transnational Movement to End the Cold War, Ithaca, NY 1999, S. 149ff.; *Melanie Arndt*, Fukushima ist nicht Tschernobyl?, in: *Zeitgeschichte Online* (2011), URL: <<http://www.zeitgeschichte-online.de/md=Fukushima-Tschernobyl>> [15.1.2012].

26 *Eleanor Singer/Phyllis M. Endreny*, Reporting on Risk. How the Mass Media Portray Accidents, Diseases, Disasters, and Other Hazards, New York 1993, S. 101–102. Vor allem die Situationen, die im Nachhinein als Beinahe-Katastrophen eingeordnet wurden, erschienen, medial verstärkt, als »sichtbare Form der Risiken«. *François Walter*, Katastrophen. Eine Kulturgeschichte vom 16. bis ins 21. Jahrhundert, Stuttgart 2010, S. 204. Gleichzeitig implizierten die Medienberichte, jede Katastrophe sei vermeidbar. *Shirley Harrison* (Hrsg.), *Disasters and the Media. Managing Crisis Communications*, Basingstoke/London 1999, S. 9. Über die Unverhältnismäßigkeit von statistischen und berichteten Risiken vergleiche Peters, der auf Arbeiten von Combs und Slovic (1979) sowie Kepplinger (1989) verweist: *Hans Peter Peters*, Massenmedien und Technikakzeptanz. Inhalte und Wirkungen der Medienberichterstattung über Technik, Umwelt und Risiken, 1995, URL: <http://www.hpp-online.de/downloads/heft_50.pdf> [13.12.2011], S. 7; vgl. auch *ders.*, Massenmedien als Vermittler zwischen Experten und Nichtexperten, in: *Max Kerner* (Hrsg.), *Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt*, Aachen 1996, S. 61–88.

27 *Klaus Arnold*, Wie Deutschland begann, sich für Politik zu interessieren. Medienrezeption in den 1960er und 1970er Jahren, in: *ders./Christoph Classen/Susanne Kinnebrock* u. a. (Hrsg.), *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert*, Leipzig 2010, S. 323–346, hier: S. 333–334.

breitenwirksam vermittelten, spielten sie nicht nur für Parteien oder politische Verbände, sondern auch für Nichtregierungsorganisationen in der Umwelt- und Friedensbewegung eine immer größere Rolle und bedingten ihren Erfolg.

Experten spielten für die Vermittlung der komplexen Risikogemengelage eine zentrale Rolle.²⁸ Während der 1970er und 1980er Jahre »vernutzte und verschliss« sich zwar speziell im Feld der Atomenergie das regierungnahe Expertenwissen.²⁹ Da jedoch der Beratungsbedarf in Politik, Öffentlichkeit und Bewegung umso höher war, je komplexer und unabgeschlossener das Wissen über umwelt- und friedenspolitische Fragen schien, desto mehr Experten und Gegenexperten konnten in diesem Feld reüssieren.³⁰ Die Atomenergie-Diskussion stand beispielhaft für die generell sich entgrenzenden ökonomischen und ökologischen Problemlagen, wodurch plurale Problembearbeitung und gesellschaftliche Selbststeuerung notwendig und möglich wurden.³¹ Die Gründung des »BUND« 1975, der »Grünen« 1979/80, von »Robin Wood« 1982, aber auch die Institutionalisierung von Friedensforschung³² und Ökologie³³ zeigen, dass sich nicht nur neue Protestformen, sondern auch Gegenexperten als politische Akteure legitimieren konnten.³⁴

Die von den Neuen sozialen Bewegungen meist auf lokaler Ebene populär gemachten Problemfelder »Umweltverschmutzung«, »Technologierisiken« oder »Rüstungswettlauf« fanden in der medialen Kommunikation durch die fortgesetzte »Verschränkung von Lo-

28 Zur zeitgenössischen soziologisch-philosophischen Reflexion des Risikos vgl. unter anderem *Ulrich Beck*, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main 1986; *Anthony Giddens*, *The Consequences of Modernity*, Cambridge 1990; *Peter Koslowski/James M. Buchanan*, *Ethik des Kapitalismus*, Tübingen 1982; *Patrick Lagarde*, *Das große Risiko. Technische Katastrophen und gesellschaftliche Verantwortung*, Nördlingen 1987; *Hermann Lübke*, *Sicherheit. Risikowahrnehmung im Zivilisationsprozeß*, in: *Ulrike Becker* (Hrsg.), *Risiko ist ein Konstrukt. Wahrnehmungen zur Risikowahrnehmung*, München 1993, S. 23–41.

29 *Bernd-A. Rusinek*, *Die Rolle der Experten in der Atompolitik am Beispiel der Deutschen Atomkommission*, in: *Stefan Fisch/Wilfried Rudloff* (Hrsg.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004, S. 189–210, hier: S. 209. Vgl. auch *Joachim Radkau*, *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse*, Reinbek 1983, S. 78.

30 *Wilfried Rudloff*, *Einleitung: Politikberatung als Gegenstand historischer Betrachtung*, in: *Fisch/Rudloff*, *Experten und Politik*, S. 13–57, hier: S. 32. »Dem Aufstieg der Figur des Experten folgte der des »Gegenexperten«. Als ein aus ähnlichen Erkenntnisquellen schöpfender Antagonist, dessen Urteil jedoch der vorherrschenden Problemsicht widerspricht, übertrug der »Gegenexperte« den kontroversen, unabgeschlossenen Charakter des wissenschaftlichen Prozesses in die politische Arena und verkörperte so die politische Vieldeutigkeit des verfügbaren Wissens« (ebd., S. 28f.). Vgl. auch *Wolfgang van den Daele*, *Objektives Wissen als politische Ressource. Experten und Gegen-Experten im Diskurs*, in: *ders.* (Hrsg.), *Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren*, Berlin 1996, S. 297–326, hier: S. 300.

31 *Gabriele Metzler*, *Krisenbewusstsein, Krisendiskurs und Krisenbewältigung. Die Frage der »Unregierbarkeit« in Ost und West nach 1972/73*, in: *Zeitgeschichte* 34, 2007, S. 151–161, hier: S. 155; *Jens Ivo Engels*, *Umweltprotest und Verhaltensstile. Bausteine zu einer vergleichenden Untersuchung von Protestbewegungen*, in: *vorgänge* 42, 2003, H. 4, S. 50–58, hier: S. 50.

32 Die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung wurde 1970, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg 1971 gegründet. Nach einer Phase der Grundlagenforschung etablierte sich die Friedensforschung Ende der 1970er Jahre auch in der Politikberatung. URL: <<http://www.hsfk.de/>> und URL: <<http://www.ifsh.de/>> [25.1.2012].

33 1977 gründete sich in Freiburg das Öko-Institut e. V. als »unabhängige Forschungs- und Beratungseinrichtung für eine nachhaltige Zukunft«. URL: <http://www.oeko.de/das_institut/dok/558.php> [25.1.2012].

34 *Eckart Conze*, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009, S. 646.

kalismus und globaler moralischer Orientierung« zudem ihre internationale Relevanz.³⁵ Die Medienmechanismen nutzend, machten sich internationale Nichtregierungsorganisationen selbst zum Medienereignis, bei dem die lokale Aktion in einen internationalen Kontext gestellt wurde.³⁶ Auch für die neue Friedensbewegung spielten die Mechanismen medialer Inszenierbarkeit eine wichtige Rolle, die von den Aktiven systematisch für die eigenen Interessen genutzt wurden.³⁷ Dies war notwendig, weil sich Friedensideen, anders als Krieg und Katastrophen, nur hochgradig symbolisch massenmedial vermitteln lassen.³⁸

In diesem Kontext präsentierte sich die 1980 gegründete IPPNW als ein medial einprägsames Novum. Die IPPNW war die erste und einzige medizinische Expertenorganisation aus Ost und West, die sich mit großer Anhängerschaft und öffentlich für den Frieden engagierte. Die IPPNW wollte mit global orientierten Kampagnen und Veröffentlichungen an die Schnittstelle zwischen Fachwissen, Berufsethos und Öffentlichkeit treten – sie entfaltete mithilfe ihres blockübergreifend inszenierten Gegenexpertenstatus ihre symbolpolitische Kraft in und außerhalb der anti-atomaren Friedensbewegung.³⁹ Dass aus der blockübergreifenden Initiative eine internationale Organisation entstand, war aber keineswegs zwangsläufig, sondern sie bildete sich im Wechselverhältnis von internationalem Anspruch und organisationsinternen Entwicklungen. Da die Internationalisierung auf der Arbeit nationaler Sektionen beruhte, beeinflussten deren Interessen den Charakter der gesamten Organisation.

II. INTERNATIONALE UND NATIONALE ÄRZTE ZUR VERHÜTUNG DES ATOMKRIEGES 1980–1982

Bis 1983 wirkten sich die zugespitzte internationale Blockkonfrontation und die anstehende Aufrüstungsrunde direkt auf die Organisationsarbeit der IPPNW aus. Nur als »Single-Issue«-Organisation, die sich allein für die Verhinderung eines Atomkriegs einsetzte, war es möglich, Ärzte des Ostblocks in die nicht staatlichen Strukturen zu integrieren. Diese

35 »Mündige Bürger«, oder: Der kurze Frühling einer partizipatorischen Vision. Einleitung, in: *Habbo Knoch* (Hrsg.), *Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren*, Göttingen 2007, S. 9–53, hier: S. 52. Vgl. auch *Holger Nehring*, *Debatten in der medialisierten Gesellschaft. Bundesdeutsche Massenmedien in den globalen Transformationsprozessen der siebziger und achtziger Jahre*, in: *Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching* (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009, S. 45–65, hier: S. 47.

36 Vgl. zur notwendigen narrativen Struktur von Medienereignissen *Friedrich Lenger/Ansgar Nünning* (Hrsg.), *Medienereignisse der Moderne*, Darmstadt 2008. Die Umweltorganisation Greenpeace, 1971 in den USA und 1980 auch in der Bundesrepublik gegründet, setzte diese mediale Eigenlogik besonders erfolgreich um. Vgl. *Christian Krüger/Matthias Müller-Hennig* (Hrsg.), *Greenpeace auf dem Wahrnehmungsmarkt. Studien zur Kommunikationspolitik und Medienresonanz*, Münster 2000. Ärzte waren bis Anfang der 1980er Jahre vor allem im Rahmen humanitärer Aktionen international engagiert und in den Medien sichtbar. Der Nothilfeverein »Cap Anamur – Deutsche Not-Ärzte e. V.« gründete sich zunächst regional 1979 in Köln unter dem Namen »Ein Schiff für Vietnam«, die internationale Ausweitung folgte 1982. »Ärzte ohne Grenzen« hatte sich 1971 in Frankreich gegründet und konzentrierte sich zunächst auf Opfer von Katastrophen; 1979 spaltete sich die Organisation und es folgten eine deutliche Internationalisierung und ein professioneller Ausbau der Logistik.

37 *Warneke*, *Aktionsformen und Politikverständnis*.

38 Einige Überlegungen zur Bildlichkeit des Friedensbegriffs bei *Thomas Kater*, *Über Gewalt und Frieden. Bilder des Politischen*, in: *Benjamin Ziemann* (Hrsg.), *Perspektiven der historischen Friedensforschung*, Essen 2002, S. 57–85.

39 *Claudia Jenkes*, *Friedensbewegung und Medien*, Idstein 1997, S. 25.

Zielsetzung machte es möglich, dass keine Sektion der IPPNW gezwungen war, sich gegen Atomenergie oder konventionelle Waffen auszusprechen. Sie war aber zugleich Anlass für die zunehmende Kritik etwa aus der schwedischen, niederländischen oder westdeutschen Sektion, die den Ansatz als nicht weitreichend genug erachteten.

Die Gründung der Dachorganisation »International Physicians for the Prevention of Nuclear War« im Jahr 1980 in den USA ging auf das Zusammentreffen verschiedener Interessengruppen und Initiativen an der Harvard Medical School in Boston zurück. Zum einen gab es fachliche Kontakte in die Sowjetunion durch den Kardiologen Bernard Lown⁴⁰ und seinen jüngeren Kollegen James Muller⁴¹, die schon mehrmals sowjetische Kliniken besucht hatten. Sie waren nicht nur mit dem Kardiologen Evgenij Chazov⁴² bekannt, sondern auch mit Mikail Kuzin, dem Leiter des wichtigsten Chirurgie-Zentrums der Sowjetunion. Einen anderen Anstoß erhielt das Ärzte-Engagement durch die Initiative des Psychiaters Eric Chivian, der Kinderärztin Helen Caldicott und des Notarztes Ira Helfand, die eine amerikanische anti-atomare Ärztebewegung mobilisieren wollten. Sie griffen dabei auf die schon seit 1962 bestehende Organisation »Physicians for Social Responsibility« (PSR) zurück.⁴³

Die neu aktivierte PSR richtete ihre Zentrale ebenfalls in Boston ein, und eine Reihe ihrer führenden Ärzte war mit der IPPNW vernetzt. Während sich die PSR im Nachgang zur Reaktorkatastrophe bei Harrisburg mit zahlreichen Ortsgruppen in den USA ausbreitete, bemühten sich Lown und Muller um eine Zusage von Chazov für eine gemeinsame Konferenz zum Thema »medizinische Folgen eines Atomkriegs«. Nach einem Briefwechsel avisierte man für Dezember 1980 ein amerikanisch-sowjetisches Vorbereitungstreffen im symbolträchtigen Genf. Um die ohnehin sensible Situation, als eine amerikanisch-sowjetische Initiative zu agieren, nicht zu verkomplizieren, legten die beteiligten Ärzte schon im Vorfeld des ersten Treffens fest, die Ziele der Organisation strikt auf die Verhinderung eines Nuklearkriegs zu beschränken. Während die IPPNW sich zum Ziel setzte, als blockübergreifende und durch Spenden finanzierte »Umbrella«-Organisation vor allem politische Führungsgruppen und -personen zu beeinflussen, arbeitete die PSR als amerikanische Massen- und Flächenorganisation mit »Chaptern« von Seattle bis Miami.

Die Ausrichtung auf ein einziges Ziel und der politische Überparteilichkeitsanspruch der IPPNW waren Teil der Strategie, um sich als internationaler Ansprechpartner zu legitimieren und im nächsten Schritt öffentliche Glaubwürdigkeit zu erlangen. Die Idee, von einer unpolitischen Organisation zu sprechen, ließ man bald aus offensichtlichen Gründen fallen, schließlich stand die Beeinflussung politischer Entscheidungen – etwa der Abschluss eines Atomwaffenteststoppvertrags – an oberster Stelle der IPPNW-Agenda. Hier zeichnete sich ein Hauptaspekt im Selbstverständnis der Organisation ab, der zugleich das größte Konfliktpotenzial bot: Wie ließ sich der politische Prozess beeinflussen, ohne eine politische Organisation zu werden oder als solche wahrgenommen zu werden? Aus die-

40 Bernard Lown (Jahrgang 1921), langjähriger Präsident der IPPNW, war Kardiologe am Bostoner »Brigham and Women's Hospital«, lehrte an der »Harvard School of Public Health« und wurde unter anderem für die Erfindung des Defibrillators bekannt.

41 James Muller (Jahrgang 1943) arbeitete zunächst am John Hopkins Hospital in Baltimore und wechselte 1973 an die Harvard Medical School. Er hatte schon als junger Arzt 1967 das erste Mal die Sowjetunion besucht. Vgl. auch *Irwin Abrams*, *The Origins of International Physicians for the Prevention of Nuclear War: The Dr James E. Muller Diaries*, in: *Medicine, Conflict and Survival* 15, 1999, S. 15–31.

42 Evgenij Chazov (Jahrgang 1929) war als Kardiologe unter anderem Leiter des nationalen sowjetischen Herzforschungszentrums; er war Abgeordneter des Obersten Sowjets und Mitglied der Akademie der medizinischen Wissenschaften der UdSSR, 1983 bis 1987 Ko-Präsident der IPPNW, ab 1987 Gesundheitsminister der UdSSR.

43 Vgl. *Helen Caldicott*, *Die »Physicians for Social Responsibility«*. Ärztinnen und Ärzte in sozialer Verantwortung, in: *Ruprecht, Askulap oder Mars*, S. 501–506.

sem Anspruch leitete die IPPNW die Mittel zur Einflussnahme in politischen Kreisen ab: erstens die Einhaltung strikter Neutralität durch Wissenschaftlichkeit, zweitens Mobilisierung der Medien und drittens Netzwerkarbeit. Die Arbeit kulminierte in den jährlich stattfindenden internationalen Konferenzen, die mit prominenter Besetzung und größtmöglicher Presseresonanz sowie Reaktionen von Politikern abgehalten wurden. Die ersten Jahre der IPPNW waren von den Vorbereitungen, der Ausrichtung und Nachsorge dieser Konferenzen geprägt.

Damit sich die IPPNW auch organisatorisch internationalisieren konnte, musste zunächst im März 1981 der erste blockübergreifende Kongress erfolgreich und mit positiver öffentlicher und politischer Resonanz durchgeführt werden. Nominell ging die Konferenz von den amerikanischen und sowjetischen Ärzten aus, aber faktisch wickelte das Bostoner »Central Office« die Koordination dieser wie auch aller folgenden Konferenzen ab. Beispielhaft für die Sorgfalt, mit der die IPPNW-Organisatoren versuchten, einen überparteilichen Drahtseilakt in einer politisch aufgeladenen Stimmung zu vollziehen, waren etwa die Besuche von James Muller beim sowjetischen Botschafter und im State Department kurz vor der Konferenz.⁴⁴ Dort sah man etwa den Auftritt des Kreml-Beraters Georgi Arbatov, der auf Wunsch der sowjetischen Delegation der IPPNW eine der *keynotes* hielt, sehr kritisch. Die amerikanischen Sicherheitsberater hatten zudem eine Schwächung der amerikanischen Position befürchtet, falls es während dieser international besetzten Konferenz oder in der Abschlussresolution zu Forderungen nach einseitigen Abrüstungsmaßnahmen gekommen wäre. Die IPPNW bemühte sich ausdrücklich, alle diese Bedenken zu berücksichtigen, und in der Tat ging die Abschlussresolution der Konferenz nur auf Punkte ein, die beide Seiten für bedenkenlos erklärten: Verhandlungen zu einem Atomwaffenteststopp und eine wissenschaftlich orientierte Aufklärung der Öffentlichkeit.⁴⁵

In den Gesprächen, die Muller mit den Vertretern im State Department und in der sowjetischen Botschaft geführt hatte, wurde deutlich, dass die IPPNW in eine diplomatische Kommunikationslücke getreten war. Die Bostoner Ärzte pflegten Kontakte zu amerikanischen Regierungsstellen, und von sowjetischer Seite erfolgte die Einrichtung eines medizinischen Komitees unter Vorsitz von Evgenij Chazov auf Empfehlung von Leonid Breschnew. Den amerikanischen Ärzten war das Kalkül der staatlichen Stellen nicht entgangen, die IPPNW für eigene Zwecke zu nutzen, aber sie bezogen es in ihr Vorhaben ein und setzten sich fortan mit der Gratwanderung zwischen Einflussnahme und Überzeugungsarbeit auf der einen Seite und Inanspruchnahme und Instrumentalisierung auf der anderen Seite auseinander.

Dem von allen zusätzlichen Forderungen entschlackten Anliegen der IPPNW, Nuklearwaffen zu beseitigen, konnten amerikanische wie sowjetische Regierungsstellen zustimmen, schließlich galten Nuklearwaffen hier wie da als Mittel zur Verteidigung vor einem Erstschlag. Insofern gehörte es zur politischen Logik im Ost-West-Konflikt, die Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren von Atomwaffen zumindest gutzuheißen. Aus politischer Sicht entlastete das Zusammentreffen der IPPNW-Ärzte und ihre Proklamation reiner Fachdiskussionen das diplomatische Klima. Mit ihm war eine weitere Kommunikationsebene eingerichtet und möglicherweise als Kanal zum indirekten Austausch nutzbar. Dies geschah unter anderem durch die überwiegend positive Presseresonanz in den USA und der Sowjetunion auf die erste IPPNW-Konferenz.

44 Memo Muller to IPPNW-members, subject: Meeting with officials from the State Department, Soviet Embassy and National Security, 5.3.1981, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, Boston, IPPNW Records (H MS c408), box 4/31.

45 Arbatov war führender Westernologe und Gründer des Amerika-Instituts der sowjetischen Akademie der Wissenschaften. Briefe an Department of State, 16.3.1981, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 9/56.

In westdeutschen Medien wurde das Ereignis kaum beachtet. Der SPIEGEL berichtete zurückhaltend über den »internationalen Ärztekclub« und nahm die Resolution vor allem als einen Hinweis, dass Ärzte im Atomkriegsfall streiken würden.⁴⁶ Die Wirkung der Konferenz entfaltete sich in Westdeutschland zunächst innerhalb der Profession und – ähnlich wie in den USA – auf zwei Ebenen. Zum einen veranstalteten Hamburger und Berliner Ärzte im September 1981 einen »Medizinischen Kongress zur Verhinderung des Atomkrieges«, bei dem bundesweite Initiativen tagten und gegen Atomenergie protestierten. Neben den Basisinitiativen gab es zum anderen Ärzte wie den Internisten Ulrich Gottstein⁴⁷, die an einem internationalen Friedensengagement interessiert waren, aber noch Zweifel am blockübergreifenden Vorhaben der IPPNW hatten. Während die Basisgruppen mit Blick auf eine Mitgliedschaft in der IPPNW eine amerikanische Dominanz in Strategiefragen befürchteten, zögerten andere mit einer öffentlichen Positionierung wegen einer möglichen Vermengung mit »der Linken« innerhalb der Friedensbewegung. Erst der Kontakt Gottsteins mit Bernard Lown in Boston vernetzte die Führungsebene der IPPNW mit dem Ärzte-Engagement in Deutschland.

Die Bostoner Ärzte befürworteten die zügige Einrichtung einer westdeutschen Sektion, in der sich alle Ebenen der institutionalisierten Ärzteschaft wiederfänden. Der Schatzmeister des Bostoner Büros, Eric Chivian, bemühte sich um einen direkten Kontakt zum Präsidenten der Bundesärztekammer (BÄK), Karsten Vilmar, um diesen von der mittleren Forderungslinie der IPPNW nach bilateralen und keineswegs unilateralen Abrüstungsbemühungen und von einer Mitarbeit zu überzeugen. Zur gleichen Zeit stand Chivian im regen Austausch mit dem zögernden Gottstein, dem weder daran gelegen war, eine Opposition innerhalb der Ärzteschaft zu etablieren noch in der politischen Debatte über die atomare Nachrüstung ihren links-dominierten Gegnern an der Seite zu stehen. Vielmehr unterstützte er das Anliegen des »Central Office«, als unabhängiger medizinischer Think-tank in den entscheidenden Kreisen Einfluss auf eine atomare Abrüstung nehmen zu können und die Positionen der amerikanischen und sowjetischen Regierungen einzufordern.⁴⁸ Gottsteins Einschätzung, dass Meinungsäußerungen zur atomaren Frage in Westdeutschland, von wem auch immer geäußert, in einem politisch aufgeheizten Klima kommentiert und angegriffen würden, bestätigte sich insofern, als die BÄK die westdeutsche Sektion vor allem als oppositionelle Gruppierung von links deutete. Der Geschäftsführer der BÄK, Volrad Deneke, ging im Ärzteblatt vehement gegen den Hamburger Kongress vor, bei dem »linke Propagandisten« am Werk seien, die unter der Devise »Ärzte gegen den Atomkrieg« »zulasten der Selbstverteidigungsbereitschaft in der NATO ganz offenkundig Propaganda zugunsten der vom sowjetischen Imperialismus militant gerüsteten sozialistischen Internationale betrieben«.⁴⁹

Weniger brachial, aber ebenso dezidiert kritisierte der Herausgeber der ZEIT, Gerd Bucerius, das Auftreten der deutschen Ärzte, die im Gegensatz zu ihren amerikanischen Kollegen mit Beschuldigungen anstatt sachlicher Argumentation vorgehen würden.⁵⁰ Wo der IPPNW-Auftaktkongress Anfang 1981 in Airlie »akribisch bewiesen« habe, was ein Atomkrieg bedeute, und daraus seinen Appell an die Staatsoberhäupter der USA und der Sowjetunion abgeleitet hätte, würden die deutschen Ärzte ihre Aussagen in politischer Ab-

46 »Abgehärtet wie noch nie«, in: Der SPIEGEL, 13.4.1981.

47 Ulrich Gottstein (Jahrgang 1926), Internist, leitete ab 1971 die Medizinische Klinik des Bürgerhospitals Frankfurt am Main, war Professor für Innere Medizin an der Universität Frankfurt und bis 1995 Vorstandsmitglied der westdeutschen IPPNW-Sektion.

48 Briefwechsel Eric Chivian und Ulrich Gottstein, 1981, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 11/41.

49 Zit. nach: Rainer Jogschies, Betrifft: Ärzte gegen den Atomkrieg. Ein Portrait des Friedensnobelpreisträgers, München 1986, S. 51.

50 Gerd Bucerius, Ärzte, Atomkrieg. Anmerkungen zu einem Kongreß, in: Die ZEIT, 18.9.1981.

sicht verstellen und Zwietracht säen. Das Misstrauen von Bucerius gegen die Sowjetunion ließ ihn am Versuch der deutschen Ärzte, die Blocküberwindung voranzutreiben, zweifeln und eher Vertrauen in eine Initiative fassen, die direkt aus den USA stammte. Die Wahrnehmung der westdeutschen Sektion durch die BÄK oder Bucerius stand diametral den Absichten der IPPNW in Boston und der angehenden Führungsriege der westdeutschen IPPNW gegenüber. Denn diese trafen Vorbereitungen, um aus dem Initiativkonglomerat, das den Hamburger Kongress dominiert hatte, eine »centrist Drs. movement« mit »mainstream interest« in der Bundesrepublik durchzusetzen. Zur Sicherstellung planten Chivian und Muller einen Deutschland-Besuch im Anschluss an die Konferenz in Cambridge.⁵¹

Ende 1981 vermeldete Gottstein, bei aller Vorsicht gegenüber der aus seiner Sicht zu emotional und revolutionär agierenden Friedensbewegung in der Bundesrepublik, vier renommierte Ärzte, darunter Horst-Eberhard Richter, gewonnen zu haben, die mit ihm zusammen am zweiten Kongress der IPPNW in Cambridge teilnehmen würden. Zudem würde für Februar 1982 eine Versammlung aller Ärzte-Initiativen nach Frankfurt am Main eingeladen, um einen Zusammenschluss und die Mitgliedschaft in der IPPNW zu diskutieren.⁵² Vor allem das Thema »Katastrophenmedizin« und die Debatte um den Zivilschutz verband das Engagement der meist sehr unterschiedlich motivierten Mediziner innerhalb der Friedensbewegung.

Auf dem Weg dahin galt es, Bedenken vor allem unter den jüngeren Ärzten aus dem Weg zu räumen, die die amerikanisch-sowjetische Initiative für zu unpolitisch und deshalb wirkungslos hielten. Zu diesen Kollegen gehörte unter anderem Barbara Hövener von der Westberliner Ärzte-Initiative, die zur gleichen Zeit wie Gottstein die Vernetzung vorantrieb. Sie organisierte die Sammlung von über 50 Ärzte-Initiativen, die bei einem Treffen im Januar 1982 beschlossen, weiterhin ohne festen Organisationsrahmen zu agieren. »But we will see«⁵³, sagte sie auch, denn die Verabschiedung der Frankfurter Erklärung – einer von Horst-Eberhard Richter verfassten Resolution zur medizinischen Verpflichtung zum Widerstand gegen die Atomrüstung – sollte zeigen, dass die Koordination einer medizinischen Bewegung auch basisdemokratisch durchaus möglich war.

Um eine Spaltung zu verhindern, verschob man die geplante Gründung des Vereins »Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges« mit entsprechender Satzung auf den Sommer 1983. Im Februar 1982 wurde lediglich die Konstitution einer westdeutschen Sektion der IPPNW auf der Grundlage der Frankfurter Erklärung beschlossen. Beim ersten Zusammentreffen im Zeichen der IPPNW stritten konservative, christlich motivierte und linke Ärzte über den Charakter der Einrichtung. Auf der einen Seite gab es Ärzte wie Gottstein, die von der Initiative Lowns tief beeindruckt waren und dem Gedanken der nationalen Sektionseinordnung in die überwölbende IPPNW-Politik anhängen. Auf der anderen Seite gab es politisch orientierte Basisgruppen, die die IPPNW-Mitgliedschaft als Mittel zum Zweck einer besseren Argumentation innerhalb der Anti-Atom-Debatte ansahen. Ansonsten wollte man eigene Akzente setzen. So, wie über das Verhältnis zur amerikanischen Zentrale der internationalen Organisation diskutiert wurde, stritten die Ärzte auch über Nähe und Distanz zur Friedensbewegung und »den« Linken: Hier wurde wiederum die internationale Vernetzung als eine besondere Chance für Einflussnahme gedeutet und als Basis eine »urärztliche Ethik« proklamiert. Gegenüber der Friedensbewegung wolle man nicht die Distanz überbetonen, sich aber auch nicht mit ihr identifizieren. Insgesamt

51 Brief [Carol Kearns, Boston] an Andy Haines, London, 2.11.1981, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 14/1.

52 Brief Gottstein an Chivian, 14.12.1981, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 11/41.

53 Text von Barbara Hövener, Berliner Ärztein Initiative gegen Atomenergie, undatiert, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 11/41.

herrschte der Tenor vor, man solle zur Erreichung der eigenen Anliegen »pädagogisch vorgehen« und eine »didaktische Beschränkung auf ›N[uclear] W[ar]‹« beibehalten.⁵⁴

Zum zweiten Weltkongress der IPPNW im April 1982 in Cambridge reisten schon 200 Teilnehmer aus 31 Ländern, davon sechs Kollegen aus der DDR, wo das »Komitee der Ärzte der DDR zur Verhütung eines Nuklearkrieges« kurz zuvor eingerichtet worden war, und neun aus der Bundesrepublik.⁵⁵ Im Vorfeld des Kongresses hatte sich das »Central Office« schwergetan, die Verantwortung für das Programm und den Ablauf dem englischen Organisationskomitee zu überlassen. In diesem saß eine Reihe von Aktiven der »Medical Campaign Against Nuclear War« (MCANW), und die Bostoner Ärzte befürchteten, nationale Interessen der Briten und das internationale Konzept der Zusammenkunft würden zum Nachteil der IPPNW vermischt werden. Aus Boston erhielten die Organisatoren in Cambridge deshalb schon im Sommer zuvor den präzisen Hinweis »that the international meeting be separate from the complex national politics that involve the national medical groups«.⁵⁶ Die Trennung solle nicht nur wegen der Außenwahrnehmung der IPPNW gewahrt werden, sondern müsse auch mit Blick auf zukünftige Tagungen in Westdeutschland und in der Sowjetunion und deren »extremely complicated political issues« verfolgt werden.⁵⁷ Jeder Anschein, der zur Polarisierung nationaler Friedensgruppen innerhalb der IPPNW führen könne, müsse vermieden werden.

Organisatorisch mussten vor dem zweiten Kongress in Cambridge viele Unklarheiten zwischen Boston und London beseitigt werden. So war lange Zeit nicht eindeutig vereinbart, welchen finanziellen Anteil die Dachorganisation übernehmen würde, woran sich die grundsätzliche Frage anschloss, ob Boston als technischer Berater, Partner oder Veranstalter der Cambridge-Konferenz auftreten würde.⁵⁸ Das Finanzierungsproblem verwies zum einen auf die bislang wenig geübte Kommunikation zwischen den amerikanischen und europäischen Organisationsteilen und zum anderen auf die noch grundsätzlich ungeklärte Verfassung der gesamten IPPNW. Je mehr nationale Ärzte-Gruppen den Beitritt zur IPPNW anstrebten, desto dringender wurde nicht nur eine deutliche Kompetenztrennung, sondern auch die Definition des identitätsstiftenden Gehalts der IPPNW als »umbrella« für alle national konstituierten Mediziner-Gruppen. Solange die internationale Verknüpfung der IPPNW noch nicht in einer Satzung abgebildet war, handelte das Bostoner Office nur im Rahmen individueller Absprachen mit nationalen Gruppen. Deren Mitgliederstatus musste zudem geklärt werden, um die langfristige anteilige Finanzierung festzulegen.⁵⁹

Zum Gradmesser des politischen Selbstverständnisses der Ärzte geriet immer wieder die Diskussion über das Maß an Neutralität, die in den Resolutionen am Ende der internationalen Konferenzen zum Ausdruck kommen sollte.⁶⁰ Aus Sicht der westdeutschen bewegungsaffinen Basisgruppen war es schwer nachvollziehbar, wenn IPPNW-Präsident Lown die Ärzte aufforderte, sie sollten sich aus politischen Diskussionen heraushalten, um ihre Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren. Sie argumentierten, ein wesentlicher Aspekt des westdeutschen Ärzte-Engagements könne schließlich auf ein politisches Vorhaben

54 Ergebnisprotokoll der 1. Vollversammlung der BRD-Sektion der IPPNW am 08.05.1982 im Ärztehaus Frankfurt am Main, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.1.

55 Summary proceedings of second congress, April 1982 Cambridge, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 5/6.

56 Brief Eric Chivian an Claire Ryle, 3.7.1981, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 14/4.

57 Ebd.

58 Memo to Eric Chivian, from Mairi Maeks, re Meeting Andy Haines on 4/22, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 14/38.

59 IPPNW Preparatory Meeting, Berystede Hotel, Ascot, UK, 2. – 4.10.1981, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 14/29.

60 Ebd., S. 36.

der Bundesregierung zurückgeführt werden und habe deswegen politisch ausgerichtet zu sein. Vor allem im Zivilschutz seien viele Ärzte gegenwärtig von den Auswirkungen der atomaren Abschreckung betroffen, indem sie zu präventiven Fortbildungskursen herangezogen werden sollten.⁶¹ Ein Gutteil der Basis wollte die nationalen Belange im internationalen Rahmen der IPPNW deutlicher berücksichtigt sehen.

Im Unterschied zur Kritik der Basis an einem angeblich unpolitischen Kurs der IPPNW bemühte sich Gottstein wiederum, die Internationalität der IPPNW als Legitimation der nationalen Gruppe zu deuten. Indem er den überparteilichen Charakter der IPPNW mithilfe des internationalen Zusammenhangs des deutschen Ärzte-Engagements hervorhob, wollte er den Vorwurf politischer Voreingenommenheit entkräften. Im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung stellte Gottstein unter dem Titel »Mediziner entdecken ihre Verantwortung« das Konzept der IPPNW vor.⁶² Ausgehend von den Erfahrungen in Hiroshima, über Albert Einsteins Vorbild bis zur »Göttinger Erklärung« ordnete er die Anfänge der Organisation an der Harvard Medical School in ein notwendiges ethisches Verantwortungshandeln von Medizinern ein. Vor allem wies Gottstein auf die Anerkennung der Ärzte sowohl in der American wie in der British Medical Association hin, um die Glaubwürdigkeit der IPPNW-Ziele zu unterstreichen, bei denen es darum ginge, »ohne direkte politische Einflußnahme, frei von Polemik und aller Parteipolitik, ausschließlich auf ärztlichem Wissen beruhend und [von] ärztlichem Gewissen getrieben, ungeschminkt [über] die Folgen des Einsatzes von Atomwaffen aufzuklären«⁶³. Um das Prinzip einer blockübergreifenden Internationalität der IPPNW in der westdeutschen Öffentlichkeit und Politik populär zu machen, war der Zeitpunkt während der Nachrüstungsdebatte zwar günstig. Aber es brauchte gleichzeitig Bekenntnisse zur wissenschaftlichen Unabhängigkeit, um glaubwürdig zu wirken.

III. MEDIENSTRATEGIEN UND INSTITUTIONALISIERUNG 1982–1984

Der entscheidende Schub für die Legitimation der blockübergreifenden Initiative der IPPNW dürfte der TV-Auftritt von Lown und Chazov und jeweils zwei weiteren Ärzten aus den USA und der Sowjetunion gewesen sein. Das sowjetische Fernsehen übertrug im Juni 1982 ein Gespräch der sechs Ärzte über die medizinischen Folgen einer durch technisches Versagen ausgelösten Atombombenexplosion. Dieses unkriegerische Szenario bildete die Gesprächsbasis und war mit Absicht gewählt, denn so konnte ausschließlich über die gesundheitlichen Folgen des Ereignisses gesprochen werden. Das Ambiente der Fernsehsendung verband die Offenheit eines Journalistengesprächs mit der Vertraulichkeit einer Tafelrunde: Die Ärzte saßen an einem dezent mit Blumen dekorierten Rundtisch und jeder der sechs Teilnehmer kam zu Wort, um einen Aspekt zu erläutern. Die Gesprächsrunde wurde insofern zu einem Medienereignis, weil sie vom sowjetischen Fernsehen landesweit ausgestrahlt wurde. Da die Verhinderung eines freien Informationsflusses in den Medien einer der größten Vorbehalte gegenüber der »Friedenspolitik« im Ostblock war⁶⁴, bildete der TV-Auftritt ein mächtiges Argument gegen die IPPNW-Kritiker: »For many Soviet viewers, the program provides the first real glimpse of the horrors of nuclear war«, stellte etwa die »New York Times« heraus.⁶⁵

61 Statement to the Aims and Current Status of the West German Medical Movement opposed to Nuclear Weapons by Knut Sroka, Hamburg, West Germany [1982], Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 14/23.

62 Ulrich Gottstein, Ärzte und Atomkrieg. Mediziner entdecken ihre Verantwortung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.5.1982.

63 Ebd.

64 Vgl. »Der Frieden muss bewaffnet sein«, in: Die ZEIT, 23.9.1983.

65 »Eye Opener«, in: New York Times, 12.7.1982.

So, wie Massenmedien generell eine herausragende Funktion für die Wirkung der Friedensbewegung hatten, spielte der massenmediale Sinngebungsmechanismus auch eine wichtige Rolle für die IPPNW. Mit dem TV-Auftritt konnten die Ärzte nicht nur den Zusammenhang »zwischen den globalen Dimensionen des Systemkonflikts und den lokalen Verhältnissen« plausibel präsentieren⁶⁶, sondern auch eine vermeintlich simple Lösung für ein mittlerweile hoch abstraktes Problem anbieten. Der Systemkonflikt wurde mit jedem gemeinsamen Auftritt ad absurdum geführt, ohne dass dem sowjetischen Part jedoch weitergehende politische Bekenntnisse abverlangt wurden. Indem die IPPNW globale Dimensionen auf die Beziehungsebene transponierte und somit persönliche Zuständigkeit postulierte, verfolgte sie ein in der Friedensbewegung weitverbreitetes Prinzip. In Broschüren und Anzeigen visualisierten die Ärzte ihr Anliegen mit Bild- oder Datenmaterial aus Hiroshima und appellierten an eine Zuständigkeit des Lesers, indem individuelle, gemeinschaftliche und globale Interessen gleichgesetzt wurden.⁶⁷ Ähnlich funktionierte das nahraumorientierte Atomkriegsszenario, eine gängige und international verbreitete Erzählweise, die sich im Kern an wissenschaftlichen Publikationen orientierte.⁶⁸

Nicht nur die Verbindung räumlicher Bezüge, sondern auch kommunikativer Ebenen fand sich in den Veröffentlichungen der Ärzte. Aufklärung und emotionaler Appell gingen hierbei Hand in Hand, denn die Vermittlung von Fachwissen diente auch der Gewinnung weiterer Unterstützer. Beim Adressaten sollte nicht nur kurzfristige Aufmerksamkeit ausgelöst werden, sondern auch eine sachlich herbeigeführte Bewusstseinsänderung, die – so die Annahme – zu einer längerfristigen Unterstützung führe.⁶⁹ Der Slogan: »Wir werden euch nicht helfen können«, mit dem viele Aktionen und Annoncen der Ärzte versehen waren, bezog sich unmittelbar, aber mit negativem Vorzeichen, auf individuellen Schutz und die politisch diskutierte Atom-Prävention. Regelmäßig wurden großräumige Anzeigen geschaltet, die alle zahlenden Unterstützer namentlich aufführten. Die namensgebundene Anzeigenschaltung unterschied die Protestform der IPPNW von den anonymen Massenprotesten auf der Straße. Zudem verband sich mit ihr Anerkennung und Wiedererkennung sowohl innerhalb der IPPNW und Ärzteschaft als auch außerhalb der Organisation. Darüber hinaus glaubte die IPPNW, die aufgeführten Namen könnten helfen, die mitunter in der Friedensbewegung als elitär wahrgenommene Organisation zu personalisieren und zu lokalisieren. Während die Ärzte sich auf diese Weise um eine Annäherung an das Laienpublikum bemühten, setzten sie den Status der eigenen Profession gezielt ein, um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Ein Strategieelement hierfür war der Jahresbericht, den alle nationalen Sektionen wie die Zentrale vorlegten und der die medizinische Expertise in geballter Form präsentierte. Zudem orientierte er sich an dem in Nichtregierungsorganisationen verbreiteten Anspruch auf Transparenz und fungierte, ähnlich wie Rundbriefe, Reports und Kongresse, als Mittel zur Mitgliederbindung.

Beim dritten internationalen Kongress der IPPNW in Amsterdam im Juni 1983 gab es erstmals einen Workshop zur Frage »Ärzte und die Medien«. Zur Diskussion legte Horst-

66 Thomas Lindenberger (Hrsg.), *Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen*, Köln 2006, S. 12.

67 Vgl. Anzeige der IPPNW »Warum Ärzte vor der Atomrüstung warnen«, in: *Rems-Zeitung*, 31.3.1984. Die Verknüpfung von lokaler Betroffenheit und Krisenwahrnehmung vollzog sich auch in der humanitären Hilfe. Nach der Liberalisierung des Spendenmarkts steigerte sich das Pro-Kopf-Spendenaufkommen der Bundesrepublik bald erheblich, wobei sich das Spendenaufkommen zunehmend an die Medienpräsenz von Spendenzwecken band. Vgl. *Gabriele Lingelbach*, *Die Entwicklung des Spendenmarktes in der Bundesrepublik Deutschland. Von der staatlichen Regulierung zur medialen Lenkung*, in: GG 33, 2007, S. 127–157; *Sigrid Baringhorst*, *Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität*, Opladen 1998, S. 101.

68 *Susanne Schregel*, *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985*, Frankfurt am Main 2011, S. 140.

69 *Lingelbach*, *Die Entwicklung des Spendenmarktes*, S. 155.

Eberhard Richter einen Text über den Medienumgang der IPPNW vor. Zu diesem Zeitpunkt bewegte alle europäischen Sektionen die Frage, welcher Weg effektiv sei, um die Öffentlichkeit vom Anliegen der Ärzte zu überzeugen. Richter hatte in den Monaten zuvor schon die eigene Sektion zu mehr Medienpräsenz aufgefordert und appellierte nun an alle Ärzte, mit Medienvertretern offensiver als bislang umzugehen. Man könne in der aktuellen politisch aufgeheizten Situation kaum mehr darauf warten, dass geneigte Journalisten über die Arbeit der IPPNW berichten. Vielmehr müsse jeder einzelne Arzt in seinem lokalen Umfeld auf Äußerungen in der Presse reagieren und jede Sektion müsse eigene Veröffentlichungen vorlegen und Journalisten aktiv darüber informieren. Die Ärzte müssten dringend lernen, ihre Berührungängste zu verlieren: »In this process, personal conversations are especially important: they allow a fuller explanation of many things that get too summary a treatment in the normal written reports for agencies and editorial offices.«⁷⁰

In Richters Text fand sich auch der Hinweis, dass die Ärzte westlicher Sektionen nur glaubwürdig arbeiten könnten, wenn die öffentliche Kritik osteuropäischer Ärzte an ihren Regierungen gewährleistet sei. Solche Forderungen reihten sich in eine zunehmende Nachfrage der Sektionen hinsichtlich der konkreten Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Part, die über den zweifellos wichtigen symbolpolitischen Aspekt hinausgehen sollte.⁷¹ Viele Ärzte wollten eine außenpolitische Instrumentalisierung der IPPNW durch den Kreml nur noch in Kauf nehmen, wenn auch sichtbare Fortschritte in der blockübergreifenden Zusammenarbeit erreicht würden. Die Diskussion verdeutlichte, dass sich die mediale Vermittlung der ärztlichen Anliegen nur effektiv ausweiten ließ, wenn sie mit einer faktischen Verbesserung der internen Zusammenarbeit aufwarten konnte.

Drei Jahre nach ihrer Gründung wurde in Amsterdam eine umfangreiche Institutionalisierung der IPPNW eingeleitet. Die Ärzte beschlossen eine verbindliche Satzung und richteten neue Entscheidungsstrukturen ein. Neben dem neu gebildeten »International Council«, in dem die damals 30 IPPNW-Sektionen mit je einem Delegierten vertreten waren, war die Einrichtung eines europäischen Büros in London als Vertretung aller europäischen Sektionen innerhalb der IPPNW beschlossen worden.⁷² Vor wie nach der Einrichtung des Büros tat sich das »Central Office« schwer, die Kontrolle über die Umsetzung der IPPNW-Politik an eine zusätzliche Ebene abzugeben. Aus seiner Sicht musste die Ausdifferenzierung der Kommunikationswege und Gremien mit einer erhöhten Sorgfalt einhergehen, damit die IPPNW ungebrochen als international agierender Solitär wahrgenommen werden würde. Nationale Sektionen konnten weiterhin unter ihren jeweiligen Vereinsnamen und mit Bezug auf nationale Besonderheiten agieren, sollten aber immer auch IPPNW-Grundsätze vertreten. Einer Ärzte-Gruppe aus Wales begegnete Eric Chivian mit einigem Unverständnis, als diese eine »IPPNW Wales« einrichten wollte, würden dadurch doch die Grenzen zwischen nationalen Gruppen und IPPNW verwischt. Vielmehr sollten sich die walisischen Ärzte als regionale Gruppe der britischen MCANW konstituieren.⁷³

In dieser Phase zeichnete sich eine bemerkenswerte Veränderung in der Selbstwahrnehmung der Ärzte ab, durch die auch die Grenzen der blockübergreifenden Idee deutlich

70 Horst-Eberhard Richter, *Some Remarks on the Theme of Workshop 8 »Physicians and the Public/Media«*, [Juni 1983], Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 17/54.

71 *Andrew Orkin*, *Soviet Physicians against Nuclear War: a PR Ploy?*, in: *Canadian Medical Association Journal* 130, 1984, S. 464–466.

72 Schon seit Herbst 1982 agierte Marlene Laubli als Consultant zwischen London und Boston, die im Anschluss an die Amsterdamer Konferenz die Einrichtung eines European Office koordinierte.

73 Brief Eric Chivian an Dr. M. J. MacPherson, Cardiff, 25.3.1983, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 6/21.

wurden. Die IPPNW hatte, maßgeblich aus Boston gesteuert, ein erkennbares Profil entwickelt, das sie auf der internationalen Bühne jedoch nur erfolgreich einsetzen konnte, wenn sie zu konkreten Forderungen formulierte, die sich erfüllen und die in den Medien entsprechend präsentiert werden konnten. So lag der Amsterdamer Konferenz nicht mehr nur ein Grußwort der sowjetischen, sondern auch der amerikanischen Regierung vor – ein Umstand, der in der Presse als Erfolg auf dem Weg zum Dialog zwischen den Blöcken gewertet wurde.⁷⁴ Zum anderen mussten die Bostoner Ärzte lernen, die unterschiedlichen Ansätze ihrer Sektionen zuzulassen, um die nationale Verankerung zu ermöglichen. So hatten sie Anfang 1983 mehrmals das niederländische Organisationskomitee besucht und Vorschläge zur besseren Vermarktung der Konferenz oder zum Umgang mit der Presse gemacht. Die Niederländer nahmen diese zwar freundlich an, verbat sich aber vorsorglich jede Einmischung bei der inhaltlichen Gestaltung, vor allem auf den Panels.⁷⁵ Die niederländische Sektion war ähnlich wie die skandinavischen sehr basisorientiert und reagierte sensibel auf Anweisungen »von oben«.

In Westdeutschland hatte die IPPNW-Sektion von Beginn an über das eigene Profil innerhalb der internationalen Organisation und zugleich innerhalb der nationalen Friedensbewegung gestritten. Nach der politischen Niederlage der Friedensbewegung Ende 1983 wurde die Selbstfindung akut. Die westdeutsche Sektion musste sich nach dem Aufrüstungsbeschluss nicht nur mit ihren inhaltlichen Ansprüchen und den einer effektiven Organisation auseinandersetzen, sondern auch mit der Frage, wie sie ihren Rahmen innerhalb der Friedensbewegung absteckte. Bislang war die Mobilisierung von Ärzten im Rahmen der gesamten Friedensbewegung und ihrer Ziele möglich gewesen, aber nach 1983 konnte man sich nicht mehr auf einen gesellschaftlichen Sog verlassen. Für eine Verstärkung der Arbeit musste die Sektion – ähnlich wie ein Interessenverband – gegenüber den Ärzten eine Mitgliedschaft plausibel begründen.⁷⁶ Zwar hatten bis zum Sommer 1983 knapp 6.000 Ärzte die Frankfurter Erklärung unterschrieben und galten somit als Anhänger der IPPNW, aber weniger als ein Drittel von ihnen war auch zahlendes Mitglied des Vereins.⁷⁷ Dieses Verhältnis veränderte sich auch nicht nach dem Godesberger Protest – einer Aktion, die 70.000 DM gekostet hatte.⁷⁸ Der friedenspolitische Output des Vereins hing bis zu diesem Zeitpunkt vom intensiven Engagement jedes einzelnen Mitglieds ab und war nicht systematisch gewährleistet. Typischerweise standen im Wochenkalender jedes aktiven Mitglieds »zwei Abendveranstaltungen, Mitorganisation einer lokalen Ärzte-Initiative, Beteiligung an einer lokalen Friedensinitiative, Organisation von Regionalaktionen [...], Drucklegung und Versand von IPPNW-Plakaten« und vieles mehr.⁷⁹

Die westdeutsche Sektion finanzierte sich hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge, die über lange Zeit bei monatlich 20 DM lagen; die relativ hohen Tagungsgebühren sollten diesen verhältnismäßig niedrigen Betrag gegenfinanzieren. Dennoch blieb die Finanzierung und die Verteilungsfrage ein Dauerthema in der Sektion wie im »Central Office«. Diesem floss theoretisch von jeder Sektion eine Pauschale pro Mitglied zu. Aber das System wurde schon allein durch die Tatsache auf die Probe gestellt, dass aus vielen östlichen Sektionen nur jährliche Pauschalbeiträge eintrafen. Vor dem Hintergrund der ver-

74 Reagan Greets Peace Activists, in: Los Angeles Times, 19.6.1983.

75 Note to IPPNW Staff and Board from Joseph Goodman, Re: Visit to Holland, 9.3.1983, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 11/9.

76 Wolfgang Streeck, Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37, 1987, S. 471–495.

77 Neueste Statistik, Stand 9.9.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.2.

78 Brief Till Bastian an Sprecher und Vorstand, 1.11.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.2.

79 Brief Harald Theml an Vorstand und Beirat, [25.10.1983], FZH Archiv, 16.3.A/2.1.2.

breiteten Fundraising-Kultur in den USA organisierte sich die IPPNW-Zentrale zügig als professioneller Spendenakquisiteur und Finanzverwaltung.⁸⁰ Da die Förderungen nur mit entsprechender Erfolgsbilanz weiterflossen und zudem die Konkurrenz an Initiativen, Kampagnen und Organisationen, die sich in der Friedens- und Umweltbewegung engagierten, wuchs, bemühte sich jedoch auch die amerikanische Sektion PSR frühzeitig um eine breite Finanzierung nicht nur durch Mitgliedsbeiträge, die größtenteils in den »Chaptern« blieben, sondern auch aus Stiftungen. Die offensive Einwerbung von Mitteln beeinflusste das professionelle Selbstverständnis, auf dessen Grundlage die PSR davon ausging, in Washington Einfluss nehmen zu können.⁸¹ Die PSR war zwar wie die westdeutsche Sektion der IPPNW eine Mitglieder- und somit Massenorganisation, propagierte aber selbstbewusst ihr Selbstverständnis als »grassroot organization of experts«.⁸²

In der westdeutschen Sektion setzte sich erst mit Verzögerung eine Organisationsführung durch, die sich auch an Marketingaspekten orientierte. Dazu trug bei, dass zu Beginn der 1980er Jahre die Marketinginstrumente zur Geldeinwerbung zwar im humanitären Bereich, aber noch nicht in bewegungsaffinen Basisorganisationen entfaltet waren.⁸³ Vereine und gemeinnützige Einrichtungen finanzierten sich in der Regel durch Mitgliederbeiträge, und in der westdeutschen Sektion zögerte man zudem bei jedem Schritt, der die Sektion in eine professionelle Institution verwandeln und der dezentralen, regional verankerten Struktur widersprechen könnte. Zugleich sah man die Notwendigkeit, Abläufe und Außenwirkung effizienter steuern zu müssen. Es dauerte somit zwei Jahre, bis Anfang 1984 eine Geschäftsstelle eingerichtet und einer der Ärzte als fest angestellter Geschäftsführer eingesetzt werden konnte.⁸⁴

Mit der Vollzeit-Geschäftsführerstelle für Till Bastian wurde ein erster Schritt zur Entlastung und Systematisierung getan, wobei es nun darauf ankam, die neuen Kommunikationswege mit geringen Reibungsverlusten zu etablieren. Bis dahin hatte Horst-Eberhard Richter den Posten des »Als-ob-Geschäftsführers« mit seiner fachlichen Autorität und mit gruppentherapeutischem Fingerspitzengefühl ausgefüllt.⁸⁵ Auch wenn der nun eingesetzte, bezahlte Geschäftsführer aus der Bewegung kam und selbst Arzt war, erhöhten sich die Erwartungen an Transparenz und Leistungsfähigkeit. Bastian bemühte sich auch im Nachgang zur Godesberger Protestveranstaltung, den Mehrwert der Heidesheimer Ge-

80 Nicht nur über die katholische, sondern auch zunehmend professionelle Konkurrenz aus anderen Milieus und Institutionen in den USA vgl. *Mary J. Oates*, *The Catholic Philanthropic Tradition in America*, Bloomington 1995. Mit Beiträgen, die auch in die jüngere Zeitgeschichte reichen: *Thomas Adam/Simone Lässig/Gabriele Lingelbach* (Hrsg.), *Stifter, Spender und Mäzene. USA und Deutschland im historischen Vergleich*, Stuttgart 2009.

81 Als eine steuerbegünstigte »non-profit educational organization« war es der PSR nicht erlaubt, die Gesetzgebung durch »propaganda« oder »action« zu beeinflussen. Die internen Richtlinien hielten deshalb alle Mitglieder dazu an, in erster Linie Analysen und Daten zur Verfügung zu stellen und beim Kontakt mit Regierungsstellen als »technische Berater« aufzutreten. Vor diesem Hintergrund professionalisierte die PSR zügig ihr indirektes Lobbying vor allem beim Umgang mit Medienvertretern. Vgl. *Policy on Public Speaking and The Doctor as Teacher. Role of the Media*, [1980], Swarthmore College Peace Collection, Physicians for Social Responsibility Acc. 94A-073 Series II, Box 35/Folder 1980.

82 Memo: To Jane Wales, ED; from Mary Lord, Director Planning and Development; Re Goals, Objectives, Strategy and Structure for PSR, 2.6.1983, Swarthmore Peace Collection, Physicians for Social Responsibility Acc. 94A-073 Series II, Box 39/Folder PSR Board of Directors.

83 *Lingelbach*, *Die Entwicklung des Spendenmarktes*, S. 269–287.

84 Zur notwendigen Umstrukturierung der zuvor hauptsächlich in Richters Gießener Büro bewältigten administrativen Aufgaben und zur Einrichtung einer Geschäftsstelle in Heidesheim mit dem Geschäftsführer Till Bastian vgl. unter anderem Brief Till Bastian an IPPNW-Kolleginnen und Kollegen, 3.11.1983; Brief Horst-Eberhard Richter an Mitglieder der IPPNW, 10.11.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.2.

85 Brief Horst-Eberhard Richter an Mitglieder der IPPNW, 10.11.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.2.

schäftsstelle allen Mitgliedern deutlich zu machen. Vor allem müsse die Pressearbeit angekurbelt und die vereinsinterne Kommunikation verbessert werden.⁸⁶ Da das internationale Auftreten der IPPNW »von den beiden Großmächten geprägt wird«, galt es auch hier, kritisch Einfluss zu nehmen.⁸⁷ Bastians Appell, die IPPNW dürfe nicht nur in Kongresshallen, sondern müsse auch auf der Straße präsent sein, kann in diesem Kontext verortet werden, denn dem neuen Geschäftsführer war daran gelegen, die westdeutsche Sektion nicht nur als Teil eines internationalen Expertennetzwerks zu präsentieren. Mit dem nächsten nationalen Kongress im März 1984 in Tübingen und den parallelen Straßenaktionen wollte die westdeutsche Sektion ihr Auftreten und ihre Wirkung nachhaltig verbessern – erstmals trat die westdeutsche Sektion als Mitveranstalter der Konferenz auf und sicherte sich damit mehr Einfluss auf den Ablauf. Die dahinterstehenden Überlegungen waren nicht mehr allein vom Wunsch getragen, als Ärzte zur atomaren Abrüstung beizutragen, sondern auch von Schlussfolgerungen, wie die vorhandenen Ressourcen situativ optimal genutzt werden könnten. Insofern setzte neben der fachlichen und emotionalen Auseinandersetzung eine organisatorische Verbesserung im anti-atomaren Ärzte-Protest ein.

War es auf internationaler Ebene um eine Einhegung der amerikanischen Dominanz innerhalb der IPPNW gegangen, mussten sich die westdeutschen Ärzte nun damit beschäftigen, wie die europäischen Interessen zu koordinieren waren oder welches Alleinstellungsmerkmal sie in der deutschen Friedensbewegung auszeichnete. Im Februar 1984 gab Richter der Leitungsebene des Vereins zu bedenken:

»So sehr wir mit der allgemeinen Friedensbewegung darin übereinstimmen, daß der Kampf gegen die weitere Stationierung wichtig ist, so darf unsere IPPNW-Sektion nicht konturlos mit dem Raketen-Protest identisch werden. Zweitens wird es von vielen von uns frustrierend und gewiß von der Öffentlichkeit als eher langweilig empfunden (sofern das überhaupt an die Öffentlichkeit dringt), wenn wir uns nur daran anhängen, was andere erdacht und gemacht haben.«⁸⁸

In der Tat unterschieden sich die Ärzte vor allem in ihrer Binnenintegration von anderen Gruppen der Friedensbewegung, die vor allem durch die medizinische Ethik und das politische Thema »Zivilschutz« funktionierte. Während konservative oder ältere Ärzte wie Ulrich Gottstein auch für das Auftreten in der Öffentlichkeit eher fachbezogene Themen und Formen bevorzugten, forderten jüngere Kollegen, man dürfe sich nicht auf »Informationsveranstaltungen, Kongresse, Vorträge usw., so wichtig auch all dies sein mag, beschränken.«⁸⁹ Die im Herbst 1983 geübte Protestpraxis der Ärzte orientierte sich an den üblichen Demonstrationsformen und hatte zugleich das Berufsgruppenmerkmal der Ärzte hervorgehoben. Aber über kurz oder lang würde die Markierung der eigenen Gruppe durch das Tragen weißer Ärztekittel nicht ausreichen, um sich von anderen abzuheben, zumal die Zahl berufsbezogener Friedensinitiativen in dieser Phase sehr hoch war. Mit den Initiativen der Psychologen, Informatiker, Naturwissenschaftler, Richter und Staatsanwälte hatte die westdeutsche IPPNW gemeinsame Anzeigen geschaltet, aber im Unterschied zu diesen generell lokal entstandenen Initiativen wollten die Ärzte über die kollektive Bindung ihrer Profession und die symbolische Wirkung in die Öffentlichkeit hinausgehen und ihr spezifisches Fachwissen zur politischen Aufklärung einsetzen.

Das mitunter schwierige Aufeinandertreffen von Interessen der Basis und Vorstellungen der Führungsebene ähnelte sich auf internationaler und nationaler Ebene. International wie national pflegte die IPPNW für Kongresse das Prinzip der rotierenden Veranstal-

86 Brief Till Bastian an Sprecher und Vorstand, 1.11.1983; Brief Till Bastian an IPPNW-Kolleginnen und Kollegen, 3.11.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.2.

87 Ebd.

88 Brief Horst-Eberhard Richter an Sprecher und Beirat, 1.2.1984, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.2.

89 Rundbrief Till Bastian an Mitglieder IPPNW, 9.11.1983, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.2.

tungsorte, die dann von der jeweiligen Gruppe vor Ort organisiert wurden. In der Bundesrepublik sollten dann je nach Stärke der örtlichen Ärzte-Initiative die Tagung oder Aktionen gestaltet werden, seit April 1983 immer in enger Absprache mit dem Vorstand und Beirat des Vereins.⁹⁰ Die Demonstration in Bad Godesberg im Oktober 1983 verlief auch deshalb wenig befriedigend, weil keine starke örtliche Initiative die Detailplanung hatte übernehmen können. Bei den nationalen Kongressen kritisierten die Aktiven vor Ort oft die Informationspolitik von Vorstand und Beirat als einerseits unzureichend und andererseits zu bestimmend. Diese Konstellation war in unterschiedlichen Ausprägungen ein grundsätzliches Merkmal der internen Abläufe in der IPPNW.⁹¹

Die Umstrukturierung der nationalen Sektion zahlte sich beim Kongress in Tübingen im März 1984 aus. Die Werbung im Vorfeld, das Rahmenprogramm in Schulen oder auf der Straße und die Einladung prominenter oder streitbarer Gäste schlugen sich in einer breiten Presseresonanz nieder. Zum ersten Mal konnten Vertreter der Bundesärztekammer als Diskussteilnehmer gewonnen werden und unter dem Titel »Unser Eid auf Leben verpflichtet zum Widerstand« war Walter Jens als ein Hauptredner eingeladen, dessen Vortrag die ZEIT in Gänze abdruckte.⁹² Darin spannte der Rhetorikprofessor und Medienkritiker den ethischen Bogen von Sokrates über den Nationalsozialismus bis zur Apparatedizin, in dem sich Mediziner des Atomzeitalters bewegten. Wissenschaft per se generiere keinen Moralkodex, sondern nur der Wissenschaftler durch sein Tun. Die tageszeitung (taz) mokierte sich über diesen und andere Prominente aus dem Kulturbetrieb, die dem Ärztekongress zu größerer Resonanz als bislang verholfen und den Ärzten vor allem »eine Streicheleinheit nach der anderen« verpasst hätten.⁹³ Die aus dem Bewegungsmilieu stammende »taz« sah mit der IPPNW vor allem einen finanziell gut ausgestatteten und männlich dominierten Friedens-Club agieren.

Die Ärzte hatten in Tübingen ihren Aktions- und Medienradius deutlich ausweiten können, womit sich aber nicht nur Erfolge, sondern auch neue Konfliktlinien abzeichneten. Horst-Eberhard Richters Gespür für gruppenspezifische Prozesse ließ ihn in dieser Phase an die Selbstfindungskräfte der Ärzte mahnen, denn nach der »erreichten inneren Konsolidierung« müsse der Verein »neben der Fortsetzung unseres Kampfes in puncto Katastrophenmedizin und Zivilschutz mehr nach außen gehen«. Richter spitzte die Profilfrage zu und fragte seine Kollegen auf der Leitungsebene, ob die westdeutsche Sektion nunmehr als ein Honoratiorenverband und als »elitäre Akademikerangelegenheit« zu verstehen sei oder ob man im Selbstverständnis der Basisgruppen arbeite.⁹⁴ Er sah Berührungspunkte mit Gewerkschaften und anderen Initiativen und nahm Vorwürfe wahr, die »feinen Ärzte« müssten angesichts der nachlassenden Mobilisierungskraft in der Friedensbewegung den »anderen mehr helfen«.⁹⁵

Die Sorge um den Charakter der IPPNW war im Sommer 1984 nicht nur auf nationaler Ebene spürbar. Auch das blockübergreifende Kernstück der internationalen Dachorganisation ließ sich nicht unhinterfragt aufrechterhalten. Ausgerechnet in Helsinki während der vierten internationalen Konferenz wich der sowjetische Ko-Präsident der Organisation Chazov von seinem bislang stoisch verfolgten bilateralen Aufklärungsmodus ab und äußerte sich einseitig zur amerikanischen Regierungspolitik. Die europäischen Sektionen wa-

90 Auf der 3. Mitgliederversammlung in München im April 1983 wurde der Beschluss gefasst, die Organisation nicht mehr allein den Ärzte-Initiativen vor Ort zu überlassen.

91 Zur Essener Tagung 1987, unter anderem Aussendungen an den Vorstand, FZH Archiv, 16.3.A/2.3.1.

92 *Walter Jens*, Hippokrates und Holocaust, in: Die ZEIT, 18.5.1984.

93 »Partisanen der Humanität«. 4. Medizinischer Kongreß der Ärzte gegen Atomkrieg in Tübingen, in: taz, 2.4.1984.

94 Brief Horst-Eberhard Richter an Sprecherrat und Beirat, 12.4.1984, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.2.

95 Brief Horst-Eberhard Richter an Sprecherrat und Beirat, 12.4.1984, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.2.

ren empört, und auch die Presse griff Chazovs Tenor kritisch auf.⁹⁶ Auch Lown zeigte sich mit Blick auf die symbolpolitische Wirkung und Integrationskraft der IPPNW nachdenklich, er befürchtete, sie könne durch »national or block loyalties« von innen zersetzt werden.⁹⁷ Deshalb stellte er seinen Kollegen Ende 1984 die Gretchenfrage: »How do we influence the political process without becoming a political group?«⁹⁸ Erstmals formulierte Lown offen seine Enttäuschung, dass der Handlungsspielraum der sowjetischen Kollegen in der IPPNW weiterhin erheblich eingeschränkt blieb und wenig dazu beitrug, die polarisierte Weltsituation wenigstens innerhalb der IPPNW abzubauen. Auch die Mitglieder des »International Council« diskutierten über die Frage, wie die Organisation nicht nur angesichts der heiklen internationalen Konstellation, sondern auch im Zuge ihrer Ausweitung ihre »professional credibility« bewahren könne. Abhilfe schien nur die Einrichtung weiterer Gremien zu versprechen, die sich, etwa wie das internationale Strategie- und Planungskomitee, mit solchen Fragen beschäftigen sollten.⁹⁹

IV. BLOCKÜBERGREIFENDE INTERNATIONALITÄT IM KALTEN KRIEG 1985

Im Oktober 1985 gab das Nobelpreiskomitee bekannt, der IPPNW den Friedensnobelpreis zu verleihen. Der Preis bedeutete aus Sicht der Ärzteorganisation internationale Anerkennung und einen Popularitätsschub, geriet aber auch zu einer öffentlichen Herausforderung für ihr Selbstverständnis. Wie in einem Brennglas verdeutlichte die in der Bundesrepublik geführte politische Diskussion um die Vergabe des Friedensnobelpreises an eine Ost-West-Organisation die spezifische Bedeutung von Internationalität im Zeichen des Kalten Kriegs der 1980er Jahre. Der Friedensnobelpreis honorierte und popularisierte zum einen die blockübergreifende Idee der IPPNW und führte zum anderen vor Augen, wie sehr diese Idee in den Kategorien des Kalten Kriegs operierte und deshalb an die Grenzen ihrer Glaubwürdigkeit stieß.

In der Bundesrepublik löste die Verleihung des Friedensnobelpreises ein enormes Presseecho und vielfältige öffentliche Reaktionen aus.¹⁰⁰ Der kurz nach der Verkündung abgehaltene nationale Kongress der westdeutschen Sektion in Mainz geriet zum Medienereignis. Bastian stellte fest: »wir sind jetzt wer in der Öffentlichkeit.«¹⁰¹ Insgesamt erhoffte man sich bei der IPPNW, der Nobelpreis würde die Ärzte als »akzeptableren Gesprächspartner« für die Politik aufwerten.¹⁰² Während die Beitrittserklärungen und Anfragen anstiegen, mussten sich Geschäftsführung und Vorstand nach der Verkündung zugleich mit Kritik der Bundesregierung am sowjetischen Part innerhalb der Organisation auseinandersetzen.

Des »Kanzlers Kettenhund« Heiner Geißler ging hierbei gegen die gesamte IPPNW vor, deren Ko-Präsident Chazov 1973 eine Erklärung gegen Andrej Sacharow mit unter-

96 Horst Bacia, »Die Welt spielt eine neue Version von russischem Roulette«. Kongreß der »Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.6.1984.

97 Brief Bernard Lown an Susan Hollan, 11.10.1984, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 19/6.

98 Telex Lown an Andy Haines, 18.11.1984, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 19/5.

99 Minutes International Council, Helsinki, 3.6.1984, Harvard Medical Library in the Francis A. Countway Library of Medicine, IPPNW Records (H MS c408), box 19/6.

100 Vgl. unter anderem Günter Barudio, Der Friedens-Nobelpreis von 1983 bis 1988. Lech Walesa, Desmond Mpilo Tutu, Internationale Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW), Elie Wiesel, Oscar Arias Sánchez, UNO-Friedenstruppen, Zug 1993.

101 Brief Horst-Eberhard Richter an Vorstand und Beirat, [November 1985], FZH Archiv, 16.3.A/2.1.7.

102 Brief Helmut Koch an Vorstand und Beirat, 6.11.1985, FZH Archiv, 16.3.a./2.1.7.

schrieben hatte, der die sowjetische Rüstungspolitik kritisierte.¹⁰³ Geißlers Attacken waren unverhältnismäßig, aber nutzten einen Schwachpunkt der IPPNW gekonnt aus. Denn seit dem KSZE-Prozess und dem Einsetzen der osteuropäischen Oppositionsbewegungen war die Menschenrechtsfrage im Ost-West-Verhältnis keine abstrakte Größe mehr und ihr Beschweigen von westlichen Vertretern fiel umso mehr auf. Nach der von Lown vertretenen offiziellen Lesart der IPPNW verzichtete diese auf alle kompromittierenden Themenfelder, um eine Zusammenarbeit mit der sowjetischen Seite überhaupt zu ermöglichen. Erst die Lösung des atomaren Konflikts würde den Weg frei machen, um über alle anderen Probleme zu verhandeln. Dies war der symbolpolitische Kern der amerikanisch-sowjetischen Ärzte-Initiative, dem ein Großteil der westdeutschen Sektion bislang mit Skepsis und stillschweigend zugestimmt hatte. Nun war sie zu Stellungnahmen aufgefordert.

Geißlers Fokus auf Sacharows Verbannung war mit Bedacht und mit Blick auf die besondere deutsch-deutsche Situation gewählt. Denn der westdeutschen Öffentlichkeit war seit der Neuen Ostpolitik in den 1970er Jahren die Menschen- und Bürgerrechtspolitik der DDR in vielen Facetten bekannt. Geißlers Aussage vor der rheinland-pfälzischen CDU, Chazov habe an mehreren Menschenrechtsverletzungen mitgewirkt und die Nobelpreisverleihung an die IPPNW sei eine Schande, wurde von allen Fernsehsendern aufgegriffen und in den Abendnachrichten ausgestrahlt. Horst-Eberhard Richter wurde am späten Nachmittag desselben Tages durch einen Reuter-Redakteur informiert und bemühte sich bis zum Abend, in allen Sendern eine Gegendarstellung der westdeutschen Sektion unterzubringen. Zu diesem Zeitpunkt gingen er und seine Kollegen von einer antikommunistischen Diffamierungskampagne aus und wiesen Geißlers Vorwürfe als »haltlose Verdächtigungen« zurück.¹⁰⁴ In der Tat konnte Geißler nur auf Chazovs Unterschrift von 1973 verweisen, jedoch blieb das Handicap der blockübergreifenden Idee der Organisation von nun an in den Medien präsent.¹⁰⁵ Innerhalb der westdeutschen Sektion war, auch nach Absprache mit Boston, ein offensiver Kurs vereinbart worden, der vor allem von Richters und Bastians Medienarbeit geprägt war, die ein Abrücken von Chazov als den »Anfang von unserem Ende« einschätzten.¹⁰⁶ Sie sahen in Geißlers Angriff vor allem ein innenpolitisches Manöver gegen die Ärzte-Opposition zur Zivilschutzpolitik, das mit einem Verweis auf die internationale Relevanz der IPPNW entkräftet werden sollte. Gerade weil die erneuten Genfer Abrüstungsverhandlungen ergebnislos geblieben seien, agiere die IPPNW »als eine Art ›Dauer-Genf‹, nur viel konkreter«.¹⁰⁷

Die Vorwürfe, bei der westdeutschen IPPNW handele es sich um eine Art kommunistische Frontorganisation, mussten die Aktiven in eine geradezu schizophrene Situation versetzen.¹⁰⁸ Schließlich versuchten sie seit Jahren, einerseits innerhalb der Friedensbewegung als eigenständige, aber nicht elitäre Organisation neben anderen Vereinigungen anerkannt zu werden. Andererseits bemühten sie sich bei der Planung regionaler Aktionen, die im Namen der IPPNW stattfanden, Ärzte-Initiativen mit DKP-nahen Mitgliedern zu

103 »Feig und faul«, in: Der SPIEGEL, 18.11.1985.

104 Protokoll der Ereignisse vom 9.11.1985, Horst-Eberhard Richter, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.7.

105 Vgl. »Druck auf Tschasow«, in: taz, 15.11.1985; »Fauler Friede«, in: taz, 16.11.1985; Heiner Geißler bleibt sich treu. Der schlimmste Hetzer seit Goebbels, in: Vorwärts, 16.11.1985.

106 Brief Till Bastian an Vorstand und Beirat, 12.11.1985, FZH Archiv, 16.3.A/2.1.7.

107 Ebd.

108 Dass es sich hierbei nicht bloß um eine zeitgebundene Zuspitzung handelte, zeigt die nach wie vor nicht abgeschlossene Diskussion über einen möglichen Einfluss der Sowjetunion oder der DDR auf die westdeutsche Friedensbewegung. Vgl. *Gerhard Wettig*, Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983, in: VfZ 57, 2009, S. 217–260; die Entgegnung von *Holger Nehring/Benjamin Ziemann*, Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik, in: VfZ 59, 2011, S. 81–100. Eine Antwort darauf: *Gerhard Wettig*, Der Kreml und die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre, in: VfZ 60, 2012, S. 143–150.

marginalisieren. Aber die internationale Situation und nationale Reaktion darauf forderte die Sektionsleitung nun heraus, ein prosowjetisches und gleichzeitig überparteiliches Bekenntnis abzulegen. Politisch ging es bei dem Streit um die Frage, wieweit Friedensarbeit in den Koordinaten des Kalten Kriegs möglich war, ohne auf Menschenrechtsfragen explizit einzugehen. Auf der Ebene der Organisation kollidierten im Streit um den Friedensnobelpreis die internationalen und nationalen Interessen der IPPNW; er zwang sie zur Geschlossenheit und leitete zugleich ihre Differenzierung ein.

Innerhalb der westdeutschen Sektion führte die Auseinandersetzung nicht so sehr zu einem Aufgreifen der konkreten Menschenrechtsfrage als vielmehr zu einem erneuten Schub in der Selbstfindung, zu der auch eine Themenausweitung und eine Abgrenzung von der internationalen Ebene gehörten. Denn es stellte sich unter anderem heraus, dass es zahlreiche regionale Ärzte-Gruppen gab, die zwar formal der IPPNW angehörten, aber sich nicht als Teil der internationalen Organisation begriffen. Geschäftsführung und Vorstand verstärkten erneut ihre Öffentlichkeitsarbeit, die auch eine umfangreiche Information der Mitglieder beinhaltete. Bis zum nächsten internationalen Kongress, der 1986 in Köln stattfand, setzte sich dieser kritische Prozess fort. Schließlich standen, zum Teil ungewollt, zum Teil forciert, in Köln zwei Themen zur Debatte, die die westdeutsche Sektion auf Jahre beschäftigen sollten: die nationalen Auswirkungen der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl und die nationalsozialistische Vergangenheit deutscher Mediziner.

Das Jahr 1985 veränderte die IPPNW nicht schlagartig, sondern markierte den Übergang zu einem gewandelten politischen Selbstverständnis als internationale Friedensorganisation. Drei Entwicklungen trafen in dem Jahr zusammen. Erstens kamen der 1983 in Amsterdam begonnene internationale Institutionalisierungsprozess und der Ende desselben Jahres in der westdeutschen Sektion begonnene Aufbau professioneller Strukturen zu einem ersten Ende. Die Institutionalisierung ging mit der Erkenntnis einher, die blockübergreifende Symbolik pragmatisch und nicht als Alleinstellungsmerkmal der IPPNW einsetzen zu können. Zweitens war der bis zu diesem Zeitpunkt eingeübte professionelle Umgang mit Medien und Marketinginstrumenten umso notwendiger, weil der Niedergang der Friedensbewegung seit dem Nachrüstungsbeschluss durch systematische Kampagnen- und Tagungsarbeit aufgefangen werden musste.¹⁰⁹ Drittens wirkte sich die internationale Anerkennung durch den Friedensnobelpreis unmittelbar auf die zukünftige nationale Sektionsarbeit aus, war aber zunächst eine nachträgliche Beglaubigung des Engagements in den vorherigen Jahren. Der Friedensnobelpreis fiel zusammen mit dem Ende der angespannten internationalen Konfliktsituation, denn im November 1985 trafen sich der neue Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow und der amerikanische Präsident Ronald Reagan erstmals zu Verhandlungen in Genf, nachdem es seit 1983 keine Gespräche zwischen den beiden Staaten gegeben hatte.¹¹⁰ Für die Friedensbewegung war dies ein Erfolg der eigenen Arbeit, aber es bedeutete auch, dass die Konfliktsituation nicht mehr eindeutig verhärtet war und somit die Friedensarbeit komplizierter und differenzierter wurde. Die IPPNW stellte sich mit einer deutlich national ausgerichteten Friedensarbeit darauf ein.

109 Vgl. hierzu die Bedeutung des Koordinierungsausschusses für die Friedensbewegung generell: *Thomas Leif*, Die professionelle Bewegung – zentrale Entscheidungsgremien und Meinungsführer, in: *Josef Janning/Hans-Josef Legrand/Ulrich Albrecht* (Hrsg.), *Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA*, Köln 1987, S. 54–63.

110 Vgl. die Einordnung dieser Phase in den gesamten Kalten Krieg bei *Gordon S. Barrass*, *The Great Cold War. A Journey Through the Hall of Mirrors*, Stanford, CA 2009.

V. FAZIT

So, wie die erste große Mobilisierungswelle gegen die atomare Bedrohung in den 1950er Jahren als Selbstverständigungsprozess der jungen Bundesrepublik interpretiert wird¹¹¹, gilt auch die zweite, weitaus größere Welle der frühen 1980er Jahre als Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen.¹¹² Mit der Nachrüstungsentscheidung 1983 ließ die Mobilisierung der Kriegsgegner deutlich nach und brach die bis dahin vermeintliche Geschlossenheit der Friedensbewegung auseinander. Dennoch entpuppte sich die Niederlage in der Frage der NATO-Nachrüstung längerfristig als eine substanzielle Erfahrung der teilnehmenden Aktiven auf politischer und organisatorischer Ebene und bildete den Hintergrund für die Herausbildung »engagierter Profis« in der Friedensarbeit.¹¹³ Hatte noch zu Beginn der 1980er Jahre die internationale Friedensidee als Mobilisierungskitt lokale, nationale und internationale Interessen bis zu einem gewissen Grad binden können, setzte nach 1983 eine internationale Differenzierung und nationale Profilbildung ein.¹¹⁴ So wie in den gesamten Neuen sozialen Bewegungen setzte sich auch in der westdeutschen Friedensbewegung die Institutionalisierung als konsequente Folge in der Auseinandersetzung mit dem Staat durch.¹¹⁵ Hierbei etablierten sich endgültig neue Protestformen und neue Akteure in der öffentlichen politischen Diskussion. In diesem Kontext müssen die »Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges« verortet werden.

Als sich die Dachorganisation der IPPNW 1980 in Boston gründete, war ihr erstes und einziges Ziel, mithilfe ihrer medizinischen Expertise blockübergreifend Politiker von einer anti-atomaren Abrüstungspolitik zu überzeugen. Die Ost-West-Ärzte-Initiative bildete einen Gegenentwurf zur angespannten internationalen Situation, die ihre mobilisierende Kraft durch die medial vermittelbare Symbolik ihrer Idee entfalten konnte. Diese Idee der blockübergreifenden Internationalität stieß jedoch an ihre Grenzen, als sich die IPPNW in den nationalen Kontexten etablieren und institutionalisieren musste.¹¹⁶ Je mehr nationale Sektionen der IPPNW beitraten, desto mehr Rahmenbedingungen, Anliegen und auch Befindlichkeiten mussten integriert werden, um das Ziel in den Kampagnen und Konferenzen zu fokussieren.¹¹⁷ Professionalisierung bedeutete vor allem für die nationa-

111 Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/Carl-Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (Hrsg.), »Kampf dem Atomtod!«. Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, München/Hamburg 2009; *Holger Nehring*, *Politics of Security. The British and West German Protests against Nuclear Weapons and the Cold War, 1957–1965*, erscheint Oxford 2013.

112 *Philipp Gassert*, Viel Lärm und Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik, in: *ders./Tim Geiger* (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011, S. 175–202, hier: S. 176.

113 *Jenkes*, *Friedensbewegung und Medien*, S. 11.

114 Vgl. *Benjamin Ziemann*, *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA since 1945*. Introduction, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 32, 2004, S. 5–20, hier: S. 12.

115 In dieser Entwicklung flankiert von staatskritischen Intellektuellen wie Jürgen Habermas oder Claus Offe. Vgl. *Jens Hacke*, *Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen Legitimationskrise und Unregierbarkeit*, in: *Geppert/Hacke*, *Streit um den Staat*, S. 188–206, hier: S. 201.

116 *Sam Marullo/David S. Meyer*, *Antiwar and Peace Movements*, in: *David A. Snow/Sarah Anne Soule/Hanspeter Kriesi* (Hrsg.), *The Blackwell Companion to Social Movements*, Oxford 2004, S. 641–665, hier: S. 642.

117 *David A. Snow*, *Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields*, in: *ders./Soule/Kriesi*, *The Blackwell Companion to Social Movements*, S. 380–405.

len Sektionen, sich über die eigene Rolle als Akteur innerhalb des nationalen und internationalen politischen Systems zu verständigen.

Die fortschreitende Institutionalisierung und Professionalisierung stand in keinem Widerspruch zu der zunehmenden Differenzierung innerhalb der Organisation, denn beides war die Folge von Lernprozessen im politischen Feld. Nach dem Aufbruch 1980 änderten sich mit dem Nachrüstungsbeschluss Ende 1983 die politischen und gesellschaftlichen Koordinaten für die Friedensbewegung. Auch die westdeutsche Sektion der IPPNW war unmittelbar vom Misserfolg der friedenspolitischen Zielsetzung betroffen und reagierte mit einer Sicherstellung ihrer Kommunikationswege. Die überwiegend lose assoziierten und politisch sehr unterschiedlichen Regionalgruppen mussten integriert und für die internationale Idee nachhaltig gewonnen werden. Gleichzeitig bemühte sich die Führungsebene gegenüber dem »Central Office« in Boston um Eigenständigkeit. Die nationalen Probleme wie der Zivilschutz und der innerärztliche Konflikt sollten auch auf dieser Ebene artikuliert werden.

Das blockübergreifende internationale Prinzip wirkte vor allem in der Initialphase der IPPNW produktiv nach innen und symbolpolitisch nach außen. In den ersten Jahren konnten durch symbolträchtige Medienereignisse die Einzigartigkeit der IPPNW und die Absurdität der atomaren Ost-West-Abschreckungssituation vor Augen geführt werden. Aber mit Ausweitung der IPPNW, die 1983 von der UNO als internationale Nichtregierungsorganisation anerkannt wurde, ließ sich dieses Prinzip nicht auf die Ebene des nationalen Engagements übertragen. Von Beginn an hatte es Kritik an einem vermeintlich zu unpolitischen Kurs gegeben, ab 1984 wurde das Spannungsverhältnis zwischen symbolpolitischem Anspruch, organisatorischer Praxis und nationalen Interessen akut und fand 1985 nach der Verleihung des Nobelpreises auch in den Medien seinen Niederschlag.

Die blockübergreifende Initiative änderte ihre friedenspolitische Funktion. War sie zu Beginn das symbolpolitische Kernstück der Ärzteorganisation, wurde sie im Laufe der Jahre vor allem durch Interventionen der Sektionen hinterfragt. Der Ost-West-Austausch der IPPNW hatte sich zunächst auf die offiziellen Kanäle zwischen West und Ost konzentriert, um den Abrüstungsdialog voranzutreiben. Aber mit der Zeit mehrten sich kritische Stimmen an diesem einseitigen Kurs und zugleich Eigeninitiativen, die auf alternative Kanäle zwischen West und Ost auswichen.¹¹⁸ Bis 1986 dauerten die internen Diskussionen und Findungsphasen, wie sich die Ärzteorganisation jenseits ihres Engagements gegen Atomwaffen positionieren wolle, an. Die Ärzte mussten sich mit der zwiespältigen Situation auseinandersetzen, als internationale Organisation keineswegs ein übernationales Kollektiv zu bilden, sondern die Vereinigung zahlreicher sehr unterschiedlicher nationaler Einheiten zu sein.

118 Eine ähnliche zweiseitige Entwicklung beobachtet Burke bei der END: *Burke, A Transcontinental Movement*, S. 203.

